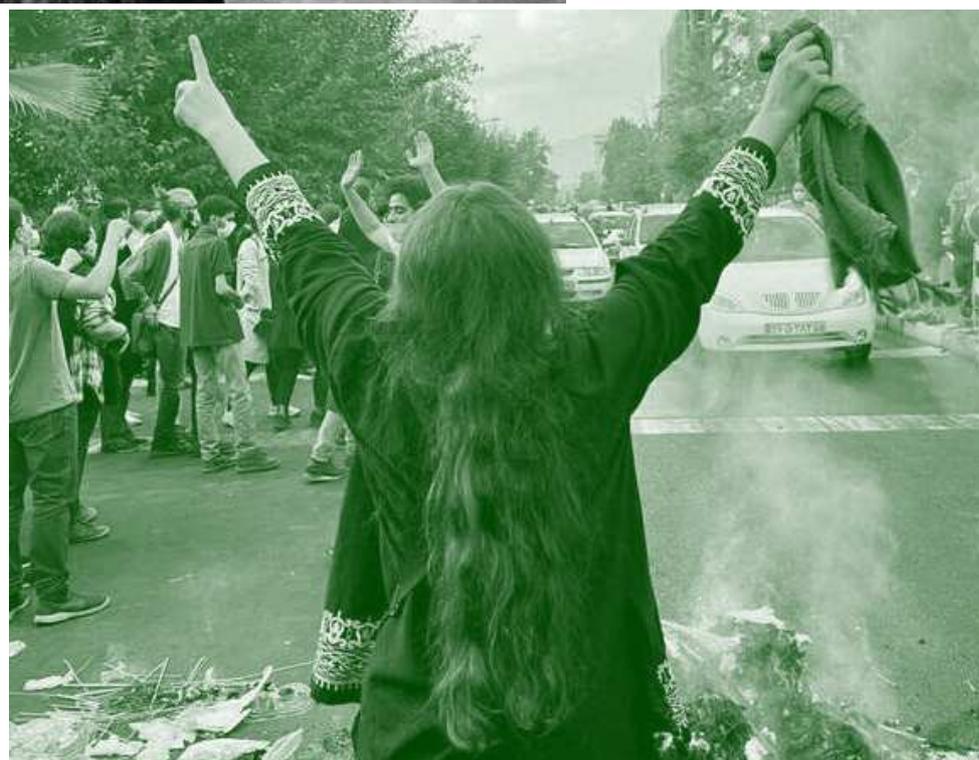




# ANKLAGEN

Winter 2022/2023

KOSTENLOS - ZUM MITNEHMEN



Homosexualität im Iran: Wenn Liebe zur Gefahr wird ■ Im Iran stehen Tausende gegen die Terror-„Herrschaft der Rechtsgelehrten“ auf ■ Rechtspopulisten in der Regierung – Gefahr für die Menschenrechte in der EU? ■ UN-Menschenrechtsrat lehnt Debatte über Menschenrechtsverletzungen an Uiguren ab ■ Problematische Gesetze für Trans-Menschen ■ Arbeitsbedingungen in den „Werkstätten für behinderte Menschen“ ■ European Border Action – Aktion zur Situation Geflüchteter an europäischen Außengrenzen

## Inhalt

Editorial .....	2
Homosexualität im Iran: Wenn Liebe zur Gefahr wird .....	3
Im Iran stehen Tausende gegen die Terror-„Herrschaft der Rechtsge- lehrten“ auf .....	6
Rechtspopulisten in der Regierung: Gefahr für die Menschenrechte in der EU? .....	8
UN-Menschenrechtsrat lehnt Debatte über Menschenrechts- verletzungen an Uiguren ab.....	12
Problematische Gesetze für Trans-Menschen.....	14
Arbeitsbedingungen in den „Werkstätten für behinderte Menschen“.....	17
Aktion zur Situation Geflüchteter an europäischen Außengrenzen...20	
Briefe gegen das Vergessen .....	21

## Impressum

ANKLAGEN ist kein offizielles Amnesty-Organ. ANKLAGEN wird vom Amnesty-Bezirk Tübingen herausgegeben. In einzelnen Beiträgen, insbesondere in namentlich gekennzeichneten, wird nicht immer die Meinung von Amnesty International vertreten.

ANKLAGEN erscheint 4-mal jährlich. Der Bezug ist kostenlos.

### Redaktion:

Benedikt Dorfner, Christian Eisenreich, Julia Grüninger, Sophie Holzäpfel, Werner Hummel, Anna Kaufmann, Victoria Kropp, Joachim Lerchenmüller, Mandy Lüssenhop, Philipp Müntz, Eva Scheerer (ViSDP), Heiderose Schwarz

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

08.11.2022

Auflage: 4.100

Druck: Druckerei Deile, Tübingen.

Titelbild: Demonstrierende in der iranischen Hauptstadt Teheran, s. Artikel S. 3 und 6.

Quelle: amnesty.de

Liebe Freundinnen und Freunde,

„Die Menschenwürde ist nicht totzukriegen.“ Wenn der 90-jährige liberale Menschenrechtler Gerhart Baum das sagt, dann sagt er das als einer, der die großen Katastrophen des vergangenen Jahrhunderts miterlebt hat. Der meist streitbare Politiker bekämpfte in den Neunzigerjahren die Apartheid in Südafrika, wirkte bei der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen mit und war später UN-Sonderbeauftragter im Sudan. Menschen hingegen sind sehr wohl totzukriegen. Angesichts der Fülle an weltweiten Menschenrechtsverletzungen klingt Baums Resümee in seinem kürzlich erschienenen Buch optimistisch und zynisch zugleich. Doch es passt zu 2022 in positiver wie negativer Hinsicht: Der Blick auf das Jahr zeigt wieder und wieder, dass Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Und zwar nicht nur 1.400 Kilometer östlich von Ihnen in einem brutalen russischen Angriffskrieg, sondern de facto unabhängig davon, in welche Himmelsrichtung Sie auf der Landkarte blicken. Ein Fass ohne Boden. Dieses Vorwort könnte einer treffenden Aufzählung wohl nicht gerecht werden. Die geringe Anzahl an Fällen, bei denen Verantwortliche angesichts ihrer Taten zur Rechenschaft gezogen werden, ernüchert.

Gleichzeitig aber werden Menschenrechtsorganisationen weltweit nicht müde, auf unerträgliche Situationen hinzuweisen – so auch am Human Rights Day, der jährlich am 10. Dezember begangen wird und besonders auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte aufmerksam machen möchte. Letztere ist eine Resolution der Vereinten Nationen. „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es“ – Auch in dieser Ausgabe erfahren Sie von einigen traurigen Beispielen, die die Notwendigkeit von Erich Kästners Appell unterstreichen. Jüngst stieß ich auf der Amnesty-Homepage auf die Rubrik „Unsere Erfolge 2022“ – eine lange Liste verbinderter Hinrichtungen, erstrittener Freilassungen und weiterer Fälle, in denen die Menschenwürde nicht totzukriegen war. Das macht Mut. Bleiben Sie auch 2023 für Menschenrechte engagiert, seien Sie – wie Gerhart Baum das ausdrückt – „Stachel im Fleisch der Autokraten“ und unterstützen Sie Amnesty International, deren Mitglieder genau das seit 1961 und auch in Zukunft sind.

Wir wünschen Ihnen ein friedliches Weihnachtsfest und einen besinnlichen Jahreswechsel.

Benedikt Dorfner

ANKLAGEN im Internet:

Online-Ausgabe: [www.anklagen.de](http://www.anklagen.de)

E-Mail: [info@amnesty-tuebingen.de](mailto:info@amnesty-tuebingen.de)

**Sie finden das Amnesty-Büro** in der

Wilhelmstr. 105 (im Glasanbau, Untergeschoss), 72074 Tübingen,

Internet: [www.amnesty-tuebingen.de](http://www.amnesty-tuebingen.de)

**Beratungstermine für Interessenten:**

donnerstags um 20 Uhr (während des Semesters)

Es wird empfohlen, per E-Mail einen Termin zu vereinbaren:

[hsg@amnesty-tuebingen.de](mailto:hsg@amnesty-tuebingen.de)

Der Nachdruck aus ANKLAGEN ist ausdrücklich erwünscht. Wir bitten um Quellenangabe und Zusendung von Belegexemplaren. Über Zuschriften und Beiträge freuen wir uns sehr.

## Wenn Liebe zur Gefahr wird

Die Welt wird immer bunter, Menschen mit Regenbogenflaggen ziehen durch die Straßen, immer mehr Personen des öffentlichen Lebens thematisieren ihre Homosexualität. Ein Sinnbild für eine Gesellschaft im Wandel, in deren Mittelpunkt Toleranz und Respekt stehen? Diesen Eindruck gewinnt man jedenfalls, wenn man sich durch die sozialen Medien klickt. LGBTQI+-Inhalte werden immer populärer und medial vermehrt repräsentiert: Auf Streaming-Plattformen wie Netflix gehen Serien wie „Young Royals“ und „Heartstopper“ durch die Decke und werden mit Preisen überhäuft. Während es mehr und mehr den Anschein hat, dass die Rechte der LGBTQI+-Community in vielen Ländern gestärkt werden, und immer mehr Staaten die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare öffnen, sehen sich Homosexuelle vielerorts noch immer mit einer ganz anderen Realität konfrontiert. Die Nachricht der Ermordung des Iraners Alireza Fazeli-Monfared, der sich selbst als nichtbinär und homosexuell bezeichnete, ging am 4. Mai 2021 um die ganze Welt. Der 20-Jährige wurde Berichten zufolge von drei männlichen Familienmitgliedern getötet, nachdem diese herausgefunden hatten, dass er vom Militär wegen „sexueller Verderbtheit“ vom Dienst befreit worden war.

Im Februar dieses Jahres dann die nächste Hiobsbotschaft: Mehrdad Karimpou und Farid Mohammadi wurden wegen ihrer Homosexualität hingerichtet. Nach Angaben der iranischen Menschenrechtsorganisation Hrana waren die beiden Männer bereits vor sechs Jahren inhaftiert worden und saßen seither im Todesstrakt eines Gefängnisses in Maragha. Nachrichten wie diese sind keine Einzelfälle. Seit der Islamischen Revolution im Jahr 1979 ist die Scharia, das islamische Recht, Grundlage der iranischen Strafgesetze. Für sexuelle Handlungen zwischen Männern und wiederholte sexuelle Handlungen zwischen Frauen gilt seither die Todesstrafe. Nicht geschlechtskonforme Personen, Bi- und Homosexuelle leben im Iran in der ständigen Angst vor Verfolgung und barbarischen Strafen wie Auspeitschungen, Verhaftungen und der permanenten Todesdrohung. Die Militärbehörden stufen Homosexualität als „Perversion“ ein. Schon vor der Revolution war Homosexualität im Iran illegal, die Strafen waren jedoch weniger rigoros. Für Homosexuelle und gleichgeschlechtliche Paare bleiben nur die Flucht oder die Unsichtbarkeit, ein Leben im Verborgenen, als einzige Optionen.

Ein ehemaliger iranischer Häftling berichtete 2015 erstmals öffentlich

über das menschenverachtende Vorgehen des Mullah-Regimes. Der internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IFGM) schilderte er: „Das Schlimmste, was ich je gesehen habe, war, wie sie mit Homosexuellem umgehen. Sie waren angekettet wie Tiere, an Händen und Füßen. (...) Die Wachen haben sie getreten. Sie haben sie bespuckt, beschimpft, angeschrien. Sie haben sie auf die Toilette geschleift, wie Tiere – mit einer Hundeleine.“

### Isolation und Verzweiflung bis hin zu Suizid

Junge Menschen, die dabei sind, ihre eigene Sexualität und homosexuelle Neigungen zu erkennen, leben in ständiger Furcht vor Entdeckung, die oft in purer Verzweiflung mündet. Durch die allgegenwärtige staatliche Propaganda in Schulen und in den Medien wird ihnen eingeredet, sie seien abnorm und krank. Selbst innerhalb der Familie oder des Freundeskreises ist es oft schwierig oder gar unmöglich, ihre Emotionen und Gedanken zu artikulieren. Viele ziehen sich im Zuge



*Alireza Fazeli-Monfared, der sich selbst als nichtbinär und homosexuell bezeichnete, wurde von drei männlichen Familienmitgliedern getötet*

*Foto: © Twitter, 2021, unter: 1298 - Alireza Fazeli-Monfared, a 20 years old Iranian LGB..., Flickr*

dessen stark zurück, isolieren sich, entwickeln Depressionen bis hin zu suizidalen Gedanken. Während es in den großen iranischen Städten wie Teheran, Mashad, und Shiraz – heimliche – Treffen zwischen Homosexuellen gibt, die sich meist über die sozialen Netzwerke verabreden, gibt es für jene, die in Kleinstädten oder auf dem Land leben,

kaum Möglichkeiten. Für homosexuelle Männer ist es verglichen mit homosexuellen Frauen zwar einfacher, sich zu treffen, da sie mehr Freiheiten genießen und weniger stark sozial überwacht werden, die Angst bleibt dennoch ihr ständiger Begleiter.

### **Lesbische Frauen – eine doppelte Diskriminierung**

Dass die Rechte von Frauen und sexuellen Minderheiten im Iran tagtäglich bedroht sind, ist kein Geheimnis. Der 16. September markierte den Beginn einer gravierenden Veränderung im Land. Seit diesem Spätsommertag schweigen die Bürgerinnen und Bürger nicht länger, sondern stehen auf und kämpfen für ihre Rechte. Ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit ist ihr Traum, den sie endlich lautstark träumen. Frauen verbrennen in einem symbolischen Akt ihre Kopftücher und fordern den Sturz des Regimes. Weltweit solidarisieren sich Menschen mit der Protestbewegung und demonstrieren für die Frauenrechte im Iran. „Entweder Tod oder Freiheit“, rufen die Frauen bei den Demonstrationen und verdeut-

lichen, dass sie längst bereit sind, alles zu riskieren.

Auslöser der landesweiten Masendemonstrationen ist der Tod einer 22-jährigen Frau: Die iranische Kurdin Jina Mahsa Amini wurde in Teheran von der sogenannten „Sittenpolizei“ festgenommen. Der Vorwurf: Ihr Kopftuch habe ihr Haar nicht vorschriftsgemäß bedeckt. Sie fiel in Polizeigewahrsam ins Koma und starb drei Tage nach ihrer Festnahme. Insbesondere die junge Generation startet Aktionen auf den Straßen und im Netz. Männer und Frauen schneiden sich die Haare ab. Als Zeichen der Solidarität folgen viele Menschen ihrem Beispiel, verbreiten die Botschaft international. Nach jahrzehntelanger Verschleierungspflicht, einer stark eingeschränkten Presse- und Meinungsfreiheit und fehlendem Recht auf faire Gerichtsprozesse nimmt der Widerstand bisher ungekannte Ausmaße an und ist längst zur internationalen Bewegung geworden.

Zunehmend rückt auch die Diskriminierung sexueller Minderheiten im Iran in den Fokus des öffentlichen, internationalen Interesses. Laut Amnesty International und der staatlichen Nachrichtenagentur

„Irna“ verurteilte das Revolutionsgericht der Stadt Urmia im Nordwesten des Landes zwei lesbische Aktivistinnen, die 31-jährige Zahra Sedighi-Hamadani und die 24-jährige Elham Choubdar, zum Tode. Das Gericht wirft ihnen „Verdorbenheit auf Erden“ vor. Als Gründe für das Urteil nennt Amnesty ihre tatsächliche oder vermeintliche sexuelle Orientierung, ihre Geschlechtsidentität und ihre Aktivitäten zur Unterstützung der LGBTQI+-Community in den sozialen Netzwerken. Eine der beiden Frauen wurde bereits im Oktober 2021 in Folge

eines Social-Media-Posts, in dem sie die Rechte der LGBTI+-Community verteidigte, inhaftiert. Bei einem Fluchtversuch in die Türkei wurde sie erneut festgenommen und in das Frauengefängnis von Urmia gebracht. Die Menschenrechtsorganisation „Hengaw“ berichtet auf ihrer Internetseite, dass den Frauen kein Anwalt gestattet worden sei. Zudem seien sie mehrfach von Sicherheitskräften bedroht worden. Für die beiden Aktivistinnen gibt es keine Hoffnung mehr – ihren beispielhaften Mut bezahlen sie aller Voraussicht nach mit ihrem Leben.

### **Zwangsoperationen: Wie der Staat die Homosexualität „auslöschen“ will**

Während zahlreiche Homosexuelle inhaftiert, gefoltert oder hingegerichtet werden – die genaue Zahl ist unbekannt – wirft die LGBTI+-Aktivistin Shadi Amin der iranischen Regierung eine weitere Menschenrechtsverletzung vor. Gegenüber der britischen Boulevardzeitung „The Sun“ äußerte sie, dass die Regierung Homosexuelle zu geschlechtsangleichenden Operationen zwingt. „Die Regierung glaubt, dass schwule Männer die Seele einer Frau besitzen und daher ihren Körper anpassen müssen“, beschreibt Amin, die bereits 1980 aus dem Iran floh und mittlerweile in Deutschland lebt. Die Operationen werden sogar von der Regierung subventioniert, so die Aktivistin. Nach den Zwangsoperationen werde den Betroffenen hingegen keinerlei weitere Unterstützung angeboten: „Nach der Operation sind sie ohne Rechte.“ Operative Geschlechtsangleichungen und Transsexualität sind im Iran seit 1987 legal. Nach den Zwangsoperationen erhalten viele Betroffene von ihren Familien keine weitere soziale Unterstützung, beklagt Amin. „Ohne familiäre und soziale Unterstützung treibt es viele in die Sexarbeit oder sie erfahren körperliche und sexuelle Gewalt.“ Angriffe auf Homosexuelle und Zwangsoperierte bleiben im Iran meist straffrei.



*Die iranische nicht geschlechtskonforme Menschenrechtsverteidigerin Zahra Sedighi-Hamadani wurde wegen „Verdorbenheit auf Erden“ zum Tod verurteilt*

*Foto: www.amnesty.de*



Banner einer LGBTQI+-Bewegung

Foto: 42 North, 29.07.2018, lizenzfrei unter: *Weißer Und Bunte Liebe Ist Liebesbanner* ·  
Kostenloses Stock-Foto (pexels.com)

### Unsichtbare Wunden

„Als ich ein Kind war, habe ich mit meiner Cousine Hochzeit gespielt. Dabei übernahm ich die Rolle der Braut. Als mein Vater das sah, stellt er mich zur Rede. So wütend war er, dass er ein Messer über die Herdflamme hielt und mir das erhitzte Eisen auf den Unterarm drückte. Ich dürfe nie wieder Braut spielen. Ich sei ein Junge und müsse mich entsprechend verhalten. Mein Vater ist sehr gebildet und auch nicht sonderlich religiös. Trotzdem will er einen maskulinen Sohn. Er hätte mich lieber tot als schwul.“ Die lange Brandnarbe an seinem Arm ist noch immer sichtbar. Ahmed Shaheed schildert dem Auslandsrundfunk der Bundesrepublik, DW, eine Erinnerung aus seiner Kindheit. Als ein Verwandter ihn mit einem anderen Mann im Bett ertappte, wusste er bereits, dass die Flucht aus seinem Heimatland seine einzige Chance war. Denn dort war er nicht mehr in Sicherheit. Ihm gelang es, über seine Universität Kontakte nach Europa herzustellen. Seit 2020 lebt er nun in Deutschland.

Ein anderer Betroffener beschreibt im Interview mit der DW ähnliche schreckliche Erlebnisse. Über Jahre hinweg schämte sich der junge Mann für seine sexuelle Orientierung, ging deswegen zur Therapie. Sein damaliger Wunsch: Gegen seine „Neigung“ anzukämpfen und

sich von ihr zu befreien. „Ich habe mich geschämt, mich gefragt, was mit mir los ist, warum ich nicht wie die anderen bin“, schildert er im Interview. Ein schwerer Unfall wurde schließlich zum Wendepunkt seines Lebens: Ab diesem Zeitpunkt beschloss er, sich selbst anzunehmen. Als Homosexueller im Iran müsse man jedoch Tag für Tag eine Rolle spielen, um nicht gesellschaftlich geächtet zu werden und um seine Sicherheit bangen zu müssen. „Menschen wie wir werden nicht nur nach den Gesetzen der Regierung zum Tode verurteilt, sie werden jeden Tag Tausende Male in ihrem Wesen getötet. (...) Die Wunden einiger Menschen sind unsichtbar“, beschreibt er den Alltag sexueller Minderheiten in seinem Heimatland. Für viele von ihnen ist die Flucht daher die einzige Option – verbunden mit der Hoffnung auf politisches Asyl.

*Sophie Holzäpfel*

### Tägliche Gewalt im Mullah-Regime

Foltermethoden, Unterdrückung von Minderheiten und Hinrichtungen von Homosexuellen: Eine jahrzehntealte iranische Realität wird endlich von der Weltöffentlichkeit wahrgenommen. Vor den Massenprotesten, die von mutigen Frauen initiiert wurden, hat ein Großteil der Welt die Augen vor der Brutalität des Mullah-Regimes verschlossen.

Seit 1979 ist der Iran eine Islamische Republik. Im politischen System des Landes existieren demnach republikanische und theokratische Institutionen gleichermaßen. Alle vier Jahre werden der Präsident und das gesetzgebende Parlament zwar vom Volk neu gewählt, zur Wahl wird jedoch nur zugelassen, wer das Kernkonzept der Verfassung akzeptiert. Das beruht auf der Rechtsgelehrtenherrschaft. Der herrschende Rechtsgelehrte steht hierarchisch über allen gewählten Organen. Seit 1989 bekleidet Ali Chamenei das Amt des religiösen Führers. Ihm obliegt die Kontrolle der Justiz, des Rundfunks (private Sender gibt es im Iran nicht), der Polizei und der Armee. Politik und Religion sind somit untrennbar miteinander verbunden. Der Präsident als Chef der Exekutive steht stets im Schatten des religiösen Führers.

Nach Schätzungen verschiedener Menschenrechtsorganisation wurden seit Beginn des Mullah-Regimes tausende Homosexuelle inhaftiert und hingerichtet. Eine offizielle Zahl gibt es jedoch nicht, was auch auf die nicht existente Pressefreiheit im Land zurückzuführen ist. Laut „Reporter ohne Grenzen“ gehört der Iran seit der Islamischen Revolution zu den repressivsten Ländern weltweit für Medienschaffende. Die Medien unterliegen einer systematischen, staatlichen Kontrolle, das Internet wird zensiert, überwacht und zeitweise abgeschaltet. Auch während der Corona-Pandemie zensierte das Regime wie kaum ein anderes Land. Kritischen Journalisten drohen willkürliche Inhaftierungen – verbunden mit lebensgefährlichen Haftbedingungen.

Die aktuelle Protestbewegung führt dazu, dass die ganze Welt die tägliche Gewalt des Regimes wahrnimmt und nicht länger die Augen davor verschließt. Für die Menschen im Iran ein Hoffnungsschimmer am Horizont der Veränderung.

# Im Iran stehen Tausende gegen die Terror- „Herrschaft der Rechtsgelehrten“ auf

Der Tod der 22-jährigen Jina Mahsa Amini am 16. September 2022 in Polizeigewahrsam hat in kurzer Zeit Tausende Menschen im Iran auf die Straßen getrieben. Iranerinnen und Iraner protestieren gemeinsam gegen den Kopftuchzwang, gegen die brutale Unterdrückung jeglicher Kritik am Regime und gegen die schweren Menschenrechtsverletzungen im Land. Die Teilnahme an diesen Demonstrationen ist lebensgefährlich: Die Exekutivorgane des Regimes können Demonstrant:innen willkürlich festnehmen, foltern oder töten, ohne rechtliche Konsequenzen befürchten zu müssen.

Jina Mahsa Amini gehörte der kurdischen Minderheit im Iran an und besuchte Teheran mit ihrem Bruder, als sie am 13. September 2022 wegen „unislamischer Kleidung“ von der sogenannten „Sittenpolizei“ festgenommen wurde. Nach Angaben von Augenzeugen wurde Jina Mahsa Amini von den Beamten in ein Auto gestoßen und während der Fahrt in die Vozara-Haftanstalt geschlagen. Nur Stunden später fiel sie in der Haftanstalt ins Koma. Sie wurde mit einem Krankenwagen von dort ins Kasra-Krankenhaus gebracht. Dort starb Jina Mahsa Amini drei Tage später auf der Intensivstation. Ihr Bruder sagte aus, die Sittenpolizisten hätten bei der Festnahme erklärt, dass seine Schwester für eine „Erziehungsmaßnahme“ in die Haftanstalt gebracht würde. Ziel der Maßnahme sei es, junge Frauen und

Mädchen dazu zu bringen, die islamischen Bekleidungs Vorschriften in Zukunft zu beachten. Augenzeugen, die Amnesty International als glaubwürdig einstuft, berichten, dass Jina Mahsa Amini auf der Fahrt von Polizisten gefoltert und misshandelt worden sei, unter anderem durch Schläge auf den Kopf.

## Brutale Unterdrückung

Der Tod der jungen Frau ist Ausdruck der systematischen Verletzung der Rechte von Frauen und ethnischen Minderheiten im Iran. Willkürliche Verhaftungen, Folter, Todesstrafe, außergerichtliche Hinrichtungen, unfaire Gerichtsverfahren, Verschwindenlassen und die Verletzung der Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit betreffen jedoch alle Menschen im Iran.

Die iranischen Sicherheitskräfte reagieren auf die aktuellen Proteste mit massiver Gewalt – so wie bereits 2009, zum Jahreswechsel 2017/18, im August 2018, im November 2019 sowie im Mai 2022. Die Zahl der bei den Protesten Getöteten und Verletzten steigt. Allein in den ersten zwei Wochen seit dem Tod Aminis hat Amnesty International die Fälle von mindestens 52 Frauen, Männern und Kindern dokumentiert, die von den Sicherheitskräften getötet wurden. Bis Anfang November ist die Zahl der dokumentierten Todesfälle auf mehr als 200 gestiegen, darunter 30 Minderjährige und Kinder. Die tatsächliche Zahl der Getöteten dürfte jedoch deutlich höher liegen.

Die großflächige Abschaltung des Internets, dem in Ermangelung von freier Presse im Land eine zentrale



Plakat mit Fotos von Jina Mahsa Amini

Foto: [www.kurdistanamericalatina.org](http://www.kurdistanamericalatina.org)

Rolle für die Herstellung von Öffentlichkeit zukommt, ist außerordentlich beunruhigend: Bereits während der Proteste 2019 hatte sich das Ausmaß an Gewalt und Brutalität gegenüber Demonstrierenden massiv erhöht, nachdem der Zugang zum Internet und zu den sozialen Medien blockiert worden war.

„Die Internationale Gemeinschaft muss unverzüglich und in aller Entschlossenheit handeln, um zu verhindern, dass noch mehr Menschen getötet und verletzt werden, nur weil sie für ihre Freiheit, ihre Würde und ihre Menschenrechte auf die Straße gehen. Eine Niederschlagung der Proteste wie im Jahr 2019 darf sich nicht wiederholen. Damals wurden bis zu 1.500 Menschen getötet, ohne dass die iranische Führung dafür jemals zur Verantwortung gezogen wurde“, sagt Katja Müller-Fahlbusch, Expertin von Amnesty International in Deutschland für den Nahen Osten und Nordafrika.

### **Hunderttausende fordern internationale Untersuchung**

Die Verantwortlichen für die Menschenrechtsverletzungen im Iran müssen im Rahmen eines UN-Untersuchungsmechanismus ermittelt werden. Das fordern mehr als 760.000 Menschen weltweit, die dazu Amnesty-Petitionen unterschrieben haben, mehr als 12.000 taten dies in Deutschland. Am 2. November 2022 überreichte Amnesty International die Forderungen den Vertreter:innen der Vereinten Nationen in New York. Weltweit übergaben auch die einzelnen Ländersektionen von Amnesty International Petitionen an ihre jeweiligen Außenministerien.

„Die Menschen im Iran protestieren weiter mutig und rufen nach einem Ende der weitreichenden Unterdrückung. Sie fordern die Errichtung eines politischen Systems, das die Gleichheit aller Menschen sowie die Menschenrechte achtet. Werden nun die Mitgliedsstaaten des UN-Menschenrechtsrates auf diese Rufe



*Amnesty-Protest am 5. Oktober 2022 in Rom für die Rechte von Frauen im Iran*

*Foto: © Amnesty International Italien, Francesca Maceroni*

der Menschen im Iran und auf die Rufe der Aktivist:innen auf der ganzen Welt reagieren, die so dringend einen internationalen Mechanismus für die durch die iranischen Behörden begangenen Verbrechen fordern?“, fragt Heba Moravef, Regionaldirektorin für den Nahen Osten und Nordafrika bei Amnesty International.

Ende Oktober riefen zehn UN-Expert:innen, darunter der UN-Sonderberichterstatter für den Iran, den UN-Menschenrechtsrat dazu auf, zu handeln und unter anderem eine Sondersitzung zur Einrichtung eines internationalen Untersuchungsmechanismus zum Iran abzuhalten. Amnesty International und 42 weitere Menschenrechtsorganisationen unterstützen diesen Aufruf. Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock hat bereits angekündigt, dass sich auch die Bundesregierung für die Einberufung einer Sondersitzung zur Einrichtung eines UN-Mechanismus einsetzen werde.

### **Hoffnung auf eine bessere Zukunft?**

Wie lange kann sich die „Herrschaft der Rechtsgelehrten“ halten? Wie lange kann das Regime den Protesten der eigenen Bevölkerung, dem Druck der internationalen Diplomatie und den ökonomischen Sanktionen widerstehen? Sehr lange, so scheint es. Ajatollah Ruhollah

Musawi Chomeini, der Führer der Revolution von 1979 und erstes geistliches Oberhaupt der Islamischen Republik Iran, wusste genau, dass das Schah-Regime unter Mohammad Reza Pahlavi in jenem Moment zusammengebrochen war, als das persische Militär sich weigerte, auf die eigene Bevölkerung zu schießen. Die Revolutionsgarden – offiziell die „Armee der Wächter der Islamischen Revolution“ – wurden von Chomeini im Mai 1979 gegründet, um dem neuen Regime eine vom staatlichen Militär unabhängige Streitmacht zur Verfügung zu stellen, die der neuen Führung von Anfang an bedingungslos folgte. Der vom Westen wesentlich mitgetragene Angriffskrieg des Irak gegen den Iran im September 1980 (der „Erste Golfkrieg“, der bis 1988 dauerte) begünstigte den schnellen Ausbau der Revolutionsgarden, er band aber auch das persische Militär fest an die Seite des neuen Regimes. Nach 40 Jahren uneingeschränkter Herrschaft erscheint es deshalb unwahrscheinlich, dass dem Regime Gefahr von innerhalb des Systems droht. Sehr viele Menschen profitieren vom Herrschafts- und Unterdrückungsapparat der Mullahs – und sehr viele dieser Menschen wissen, dass ihnen rechtliche und politische Konsequenzen drohen, sollte das Regime in ihrer Lebenszeit stürzen.

*Joachim Lerchenmüller*

# Rechtspopulisten in der Regierung – Gefahr für die Menschenrechte in der EU?

Reicht ein demokratisches Regierungssystem mit regelmäßig stattfindenden Wahlen aus, um einen Staat und eine Gesellschaft als demokratisch zu bezeichnen? Ist nicht vielmehr der „Geist“ – die demokratische Grundhaltung – und das reale politische Handeln entscheidend bei der Beantwortung der Frage, ob wir noch (oder schon) von einer Demokratie sprechen können? Parteien, die sich offiziell zum Ziel bekennen, ihr Land in eine „illiberales“ System überführen zu wollen, gibt es auch in demokratischen Staaten. Gefährlich wird es, wenn solche Parteien Einfluss auf die Regierung erhalten. In Ungarn (Fidesz) und Polen (PiS) ist das schon seit vielen Jahren Realität. Auch in den traditionell demokratischen Staaten Schweden und Italien sind nach den Parlamentswahlen des Herbstes 2022 rechtsextreme Parteien obenauf.

## Nach den September-Wahlen in Schweden: Moderate, Christdemokraten und Liberale lassen sich von Rechtsextremen tolerieren

Seit den Wahlen vom 11. September 2022 sind die „Schwedendemokraten“ (SD) die stärkste Partei des bürgerlich-liberal-konservativen Lagers, das aktuell die Regierung stellt. Der Aufstieg der SD in den vergangenen 25 Jahren war stetig, dennoch ist das aktuelle Wahlergebnis spektakulär, schließlich war die Partei erst vor zwölf Jahren erstmals in den schwedischen Reichstag eingezogen. Würden parlamentarisch-demokrati-



Ulf Kristersson

Foto: © Frankie Fonganthin - CC BY-SA 4.0

sche Gepflogenheiten eingehalten, wäre Jimmie Åkesson jetzt schwedischer Ministerpräsident. Dass er es nicht ist – und seine Partei in der Regierung keine Minister:innen stellt – hat einen politischen Grund: Die Schwedendemokraten haben eine offen rassistische und neonationalsozialistische Vergangenheit, denn institutionell und personell ging die Partei Mitte der 1980er Jahre aus der faschistischen „Bevara Sverige Svenskt“ (Schweden schwedisch halten) hervor. Ob aus Scheu, Scham oder politischer Strategie: Eine offizielle Regierungsbeteiligung des SD ist in Schweden (noch) nicht machbar, aber das strikte Kooperationsverbot gehört nun der Vergangenheit an. Der Moderate Ulf Kristersson ist ein Ministerpräsident von Jimmie Åkessons Gnaden.

Die Schwedendemokraten positionieren sich gegen alle anderen Parteien und präsentieren sich den schwedischen Wählerinnen und Wählern als „einzige Partei, die wirkliche Veränderungen für Schweden schaffen kann“. Ihr politisches Narrativ ist von den Schlagworten „Parallelgesellschaften“, „sexuelle Gewaltverbrechen“, „organisiertes Verbrechen“, „Menschenhandel“, „Ehrenmorde“, „religiöser Extremismus“ und „galoppierende Flüchtlingskosten“ geprägt. Gleichzeitig beklagen sie den „Abbau des Sozialstaates“ und stellen damit rhetorisch eine Verbindung zwischen

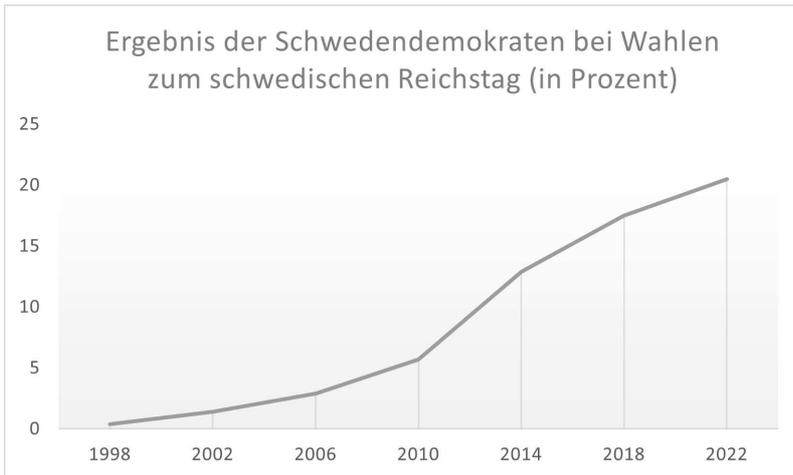


Jimmie Åkesson

Foto: © Sverigedemokraterna - CC BY-SA 3.0

der Aufnahme von Flüchtenden und finanziellen Einsparungen in den sozialen Sicherungssystemen her. So sollen ‚Schweden‘ gegen ‚Ausländer‘ aufgebracht werden. Ausländerfeindlichkeit ist der ideologische Kern dieses Programms. Konkret fordern die Schwedendemokraten einen Aufnahmestopp für Asylsuchende und eine Rückkehr von Eingewanderten in ihre Herkunftsländer.

Zum Narrativ der Schwedendemokraten gehört auch, den anderen Parteien vorzuwerfen, sie seien von „politischem Druck, von Gewerkschaften oder Journalisten“ abhängig. Als einzige Partei hätten die Schwedendemokraten „keine Angst, den Status quo infrage zu stellen und aufzustehen für das, woran wir glauben, auch wenn es unbequem



und schwierig ist“. Ihre Argumentation gipfelt in der Aussage: „Anders als die anderen wollen wir ein starkes und sicheres Schweden schaffen.“ Damit wird neben der Ausländerfeindlichkeit die zweite Säule der Ideologie der Schwedendemokraten offenbar: Demokratiefeindlichkeit. Die rhetorische Delegitimierung der politischen Wettbewerber, der Medien als kritischer Kontrollinstanz und der gesellschaftlichen Interessenverbände greift fundamentale Prinzipien einer demokratischen Gesellschaft an. Das offene Austragen von Interessenkonflikten und das oft mühsame Herstellen eines politischen Konsenses – die Bereitschaft und die Fähigkeit zum Kompromiss – sind essenzielle Merkmale der Demokratie. Ihre Geringschätzung, Verachtung und Verleumdung als ‚unpatriotisch‘ oder ‚volksverräterisch‘ sind typisch für rechtsextreme und faschistische Haltungen. Die Menschenrechte vulnerabler Gruppen – in Europa insbesondere Geflüchtete, Migrant:innen und Angehörige ethnischer, kultureller oder sexueller Minderheiten – sind als erstes gefährdet, wenn eine Partei wie die Schwedendemokraten Einfluss auf die Regierung erhält.

Der neu gewählte Ministerpräsident Ulf Kristersson identifizierte in seiner Erklärung vor dem schwedischen Reichstag am 18. Oktober 2022 vier zentrale Aufgaben seiner Regierung (in dieser Reihenfolge):

Erstens der Kampf gegen die Schwerekriminalität: „Dieser Kampf

muss gewonnen werden, und wir müssen im ganzen Land wieder Sicherheit gewährleisten. Die Regierung wird hier wieder die Kontrolle übernehmen.“

Zweitens die wirtschaftliche Rezession zu überstehen: „Schwedens größte wirtschaftliche und soziale Probleme sind das Ergebnis hoher Immigration in Kombination mit gescheiterter Integration und Hun-



Georgia Meloni

Foto: © Italienische Regierung - CC-BY-NC-SA 3.0 IT

dertausenden von Menschen, die gesellschaftlich exkludiert und abhängig von sozialer Unterstützung sind.“

Drittens die Energiekrise zu überwinden: „Wir müssen unsere Klimaziele erreichen und wieder zu vernünftigen Strompreisen für das schwedische Volk zurück.“



Matteo Salvini

Foto: Wikipedia, gemeinfrei

Viertens Schweden in die NATO zu führen: „Wir müssen ein starkes Mitglied des Bündnisses werden und unsere Verteidigung für eine sicherheitspolitische Lage ertüchtigen, die seit dem Zweiten Weltkrieg niemals so unsicher gewesen ist.“

Diese Priorisierung der Aufgaben, die inhaltlichen Aussagen und die Wortwahl Kristerssons zeigen: Die Schwedendemokraten müssen gar nicht in der Regierung vertreten sein, sie sind schon an der Macht. Ob es der Minderheitsregierung Kristersson gelingt, die genannten Ziele zu erreichen, ohne die auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene verbrieften Rechte von Geflüchteten und Migrant:innen einzuschränken, werden die schwedischen und internationalen Menschenrechtsorganisationen aufmerksam überwachen müssen.

### Nach den September-Wahlen in Italien: Die Postfaschisten stellen die Regierungschefin

Hundert Jahre nach Mussolinis „Marsch auf Rom“ stellt die Nachfolgepartei der italienischen Faschisten die Regierungschefin: Giorgia Meloni ist Vorsitzende der „Fratelli d’Italia“ und führt eine Regierungskoalition aus ihrer Partei, Silvio Berlusconi „Forza Italia“ und Matteo Salvini „Lega“ an. Dieses so-



Silvio Berlusconi

Foto: © European People's Party - CC BY 2.0

nannte Mitte-Rechts-Lager hatte die Parlamentswahlen im September klar gewonnen.

Die heutige Partei „Fratelli d'Italia“ ist die Nachfolgepartei der Mitte der 1990er Jahre von Gianfranco Fini gegründeten „Alleanza Nazionale“. Fini war seit 1987 Vorsitzender des „Movimento Sociale Italiano“ (MSI), der Nachkriegsgründung der italienischen Faschisten, die sich auch nach Mussolinis Tod zu ihm und seiner Herrschaft bekannten. 1995 wandelte Fini den MSI in die „Alleanza Nazionale“ um, die sich fortan offiziell von Totalitarismus und Rassismus distanzierte, um breitere Wählerschichten erreichen zu können. Die politisch-historische, institutionengeschichtliche und ideologische Verbundenheit der „Alleanza Nazionale“ und der heutigen „Fratelli“ mit dem MSI signalisiert den Traditionalisten und Neofaschisten in Italien allerdings das Parteilogo: Dort züngelt eine Flamme in den Nationalfarben Italiens. Das Logo ist praktisch identisch mit dem Logo des alten MSI. Vielfältige Aufforderungen, auf das Logo zu verzichten, beantwortete Meloni im Wahlkampf mit den Worten: „Wir sind stolz darauf.“ Gleichzeitig

versandte das Wahlkampfteam indes an die ausländischen Pressevertretungen in Rom ein Video, in dem es heißt: „Die italienische Rechte hat den Faschismus der Geschichte überantwortet und die Unterdrückung der Demokratie sowie die schändlichen antijüdischen Gesetze verurteilt.“ Diese und vergleichbare Aussagen während des Wahlkampfes und in der ersten Regierungserklärung Melonis im Oktober 2022 sind typisch für die rhetorische Strategie der Rechtspopulisten und Rechtsextremen in Europa: In offiziellen Äußerungen distanzieren sie sich von Faschismus und Nationalsozialismus. Gleichzeitig widersprechen diese Aussagen aber den eigenen inhaltlichen Positionen. Gegensätzliche Aussagen stehen so unvermittelt nebeneinander. Diese offensichtliche Widersprüchlichkeit und Janusköpfigkeit hat System, sie sendet eindeutige Botschaften an die eigene Klientel, welche die offizielle Distanzierung als bloße Rhetorik und politische Taktik erkennt und billigt.

In Melonis Regierungserklärung finden sich Beispiele dieser Doppelrhetorik. So betonte Meloni, Europa sei das „gemeinsame Haus der Völker Europas“; gleichzeitig sagte sie, Italien werde in Zukunft mit „erhobenem Haupt, als eines der Gründungsmitglieder“ nach Brüssel gehen, „ohne sich unterzuordnen und ohne Minderwertigkeitsgefühl, wie das in der Vergangenheit der Fall gewesen zu sein scheint“.

Das bestehende Sozialsystem, insbesondere die von der Fünf-Sterne-Bewegung 2019 in der Regierung

Conte durchgesetzte Bürgergeld-Unterstützung *Reddito di cittadinanza*, bezeichnete Meloni als „Niederlage für alle, die ihren Teil für Italien leisten“. Die neue Regierung will das Bürgergeld abschaffen und „wirksamere Maßnahmen zur sozialen Teilhabe und zur Integration in die Arbeitswelt“ einführen.

Die Regierungsparteien Fratelli d'Italia, Lega und Forza Italia hatten keine Schwierigkeiten, sich auf eine harte Linie in der Einwanderungs- und Migrationspolitik zu verständigen. Meloni führte dieses Thema in ihrer Regierungserklärung mit den Worten ein: „Wie in jedem anderen ernstzunehmenden Staat auch, reist man nach Italien nicht illegal ein: Man reist legal ein, unter dem *Decreto flussi*.“ Letzteres ist eine Regierungsverordnung, in der jährlich aufs Neue festgelegt wird, wie viele Nicht-EU-Bürger:innen nach Italien einreisen dürfen, um dort als Saisonarbeitskräfte, als unbefristet Tätige oder als Selbstständige zu arbeiten. Das *Decreto flussi* ist eine Neuerung der Regierung Draghi gewesen; Meloni und ihre Minister:innen haben nun die Möglichkeit, die Zahl der Arbeitsmigrant:innen, die jährlich ins Land kommen, nach eigenem Ermessen festzulegen. Bezüglich der Migrant:innen, die versuchen, auf der Mittelmeer-Route illegal nach Europa zu kommen, sagte Meloni, dass ihre Regierung die Ausfahrt von Booten aus nordafrikanischen Häfen blockieren wolle. Dazu fordert sie ein Abkommen zwischen der EU und den südlichen Anrainerstaaten des Mittelmeers. Die sonst von den Fratelli d'Italia

und der Lega viel gescholtene Europäische Union ist in diesem Punkt politisch in Vorleistung gegangen: Ein entsprechendes Abkommen mit Ägypten ist längst ausverhandelt, es wurde nur wenige Tage nach dem Amtsantritt Melonis in Kairo unterzeichnet. Das Abkommen sieht EU-Investitio-



Parteilogos von MSI und Fratelli

Fotos: Wikipedia, gemeinfrei

nen von 80 Millionen Euro vor, um die ägyptische Küstenwache und den Grenzschutz mit hochmoderner Überwachungs- und Rettungstechnik auszustatten. Der Auftrag an Ägypten: illegale Migration über das Mittelmeer verhindern und Geflüchtete in die eigenen Häfen zurückholen. Melonis Regierung will darüber hinaus, dass in Nordafrika Zentren eingerichtet werden, in denen geprüft wird, welche Migrant:innen legal in die EU einreisen dürfen.

Der neue Innenminister Matteo Piantedosi erklärte, das deutsche Rettungsschiff „Humanity 1“ sowie die unter norwegischer Flagge fahrenden Schiffe „Ocean Viking“ und „Geo Barents“ seien illegal im Mittelmeer unterwegs, um Flüchtende zu retten. Er verlangt von den Staaten, unter deren Flagge Rettungsschiffe im Einsatz sind, die an Bord genommenen Migrant:innen aufzunehmen. Die Regierung Meloni weigerte sich wochenlang, Rettungsschiffe in italienische Häfen einlaufen zu lassen. Erst am 8. November erlaubte die Regierung rund 250 Personen, in Sizilien an Land zu gehen. Zuvor hatten nur Frauen und Kinder das Schiff verlassen dürfen. Das Rettungsschiff „Ocean Viking“ hingegen, das vom europäischen Netzwerk „SOS Méditerranée“ gechartert ist, wies die italienische Regierung ab. Das Netzwerk hat seinen Hauptsitz in Marseille und bat daraufhin die französische Regierung um Aufnahme der mehr als 230 Menschen, die sich seit Wochen an Bord des Schiffes befanden. Frankreich wirft Italien „inakzeptables Verhalten“ vor: Die Haltung der Regierung Meloni sei „gegen das Seerecht und den Geist der europäischen Solidarität“. SOS Méditerranée sprach hingegen von einem „dramatischen Versagen aller europäischen Staaten, bei der Suche nach einem sicheren Hafen zu helfen“. Die „Ocean Viking“ durfte am 10. November den Militärhafen von Toulon anlaufen. Gleichzeitig gab die französische Regierung bekannt, wegen der harten Haltung der italienischen Regierung ein Abkommen

auszusetzen, das Frankreich zur Aufnahme von 3500 Migrant:innen aus Italien verpflichtete; außerdem werde die französisch-italienische Grenze an der Riviera strikter kontrolliert, um illegale Übertritte von Migrant:innen nach Frankreich zu unterbinden.

### Quo vadis, Europa?

Das jüngste Drama um die Rettungsschiffe nichtstaatlicher Organisationen zeigt, dass alle EU-Regierungen – unabhängig davon, ob Rechtspopulisten an der Macht beteiligt sind – in der Migrationsfrage ein taktisches Verhältnis zu den Menschenrechten haben. Das Dubliner Übereinkommen, das 1997 in Kraft trat, und die Nachfolgeregelung Dublin II von 2003 führten dazu, dass primär die Mittelmeer-Anrainerstaaten der EU – insbesondere Griechenland und Italien – die Verantwortung für Asylsuchende übernehmen mussten. Das „Dublin“-System kollabierte im Sommer und Herbst 2015, als über eine Million Flüchtende über das Mittelmeer und auf der Balkan-Route Asyl in der EU suchten. Bis heute konnten sich die EU-Mitgliedsstaaten nicht auf ein neues Verfahren einigen, das innerhalb der EU solidarisch ist und zugleich die internationalen und EU-eigenen menschenrechtlichen Vorgaben erfüllt. Daran wird sich nichts ändern, solange demokratische Regierungen die Rechte von Minderheiten und sozio-ökonomisch Benachteiligten taktischen und strategischen Interessen opfern.

In den 1920er und 1930er Jahren gerieten die nach dem Weltkrieg etablierten jungen Demokratien Mittel- und Osteuropas unter Druck, binnen weniger Jahre wurden die meisten von ihnen zu Diktaturen. Hundert Jahre später sind demokratische Grundsätze innerhalb der Europäischen Union keine Selbstverständlichkeit mehr – Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Medienfreiheit, selbst die Wahlgrundsätze sind in einzelnen Mitgliedsstaaten wie Ungarn und Polen

Amnesty International setzt sich für eine Reform des EU-Rechts ein, die echte Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten mit dem Recht für Verfolgte verbindet, innerhalb der EU Schutz zu finden. Die bisherige Strategie der EU, die Verantwortung für den Schutz Asylsuchender möglichst auf Nicht-EU-Staaten wie die Türkei, Libyen und Ägypten abzuwälzen, muss aufgegeben werden.

Als Bürgerin und Bürger der EU können Sie dazu beitragen, diesen Politikwechsel möglich zu machen: Schreiben Sie an Ihre Europaparlamentsabgeordneten und fordern Sie diese auf, sich für eine entsprechende Reform einzusetzen. Die Namen und Kontaktdaten der Abgeordneten finden Sie unter <https://www.europarl.europa.eu/germany/de/>

Um sich generell für die Einhaltung der Menschenrechte und die Aufrechterhaltung der Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union einzusetzen, können Sie die entsprechende Amnesty-Aktion mit Ihrem Namen unterstützen:

<https://www.amnesty.org/en/get-involved/take-action/europe-rule-of-law/>

in Gefahr. Dass mit Schweden ein junger Mitgliedsstaat mit langer demokratischer und freiheitlicher Tradition und mit Italien ein Gründungsmitglied und einer der bevölkerungsreichsten Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sich auf rechte Experimente einlassen, darf keiner europäischen Bürgerin und keinem europäischen Bürger egal sein. Die EU muss wieder eine Wertegemeinschaft werden, in der alle Menschen zu jeder Zeit und an jedem Ort ihre Grund- und Menschenrechte ohne Einschränkung leben können. Damit dies gelingt, muss sich jede:r von uns engagieren – sei es in demokratischen Parteien, in Gewerkschaften und Verbänden oder in Vereinen und Initiativen vor Ort. Nur wenn wir Demokratie leben, bleibt uns die Demokratie erhalten.

*Joachim Lerchenmüller*

## Verstimmt

Als Anfang Oktober 2022 Teile des Menschenrechtsrats applaudieren, wird damit keineswegs ein historischer Durchbruch für die Wahrung der Menschenrechte beklatscht. Worüber sich die Mehrheit der Delegierten tatsächlich (schaden-)freut, ist vielmehr die peinliche öffentliche Selbstblockade der Institution Menschenrechtsrat, der sich zuvor mit einer Mehrheit von zwei Stimmen bei zahlreichen Enthaltungen dazu entschied, die Uiguren-Verfolgung in Xinjiang gar nicht erst auf die Tagesordnung zu nehmen.

### Worüber nicht gesprochen wurde

Ende August 2022 veröffentlichte das Büro des Hohen Kommissars für Menschenrechte (OHCHR) einen detaillierten Bericht zur Menschenrechtssituation in der autonomen Region Xinjiang, in dem die systematische Verfolgung und Angriffe auf die dort lebenden Uiguren und andere religiöse Minderheiten als mögliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit bezeichnet werden. Unter dem Deckmantel der angeblichen Abwehr von Terrorismus und religiösem Extremismus habe China dort über Jahre ein System der Überwachung und Verängstigung aufgebaut. Die chinesische Rechtsgrundlage sei bewusst vage und schwammig gehalten, um der Exekutive möglichst viel Interpretations- und Anwendungsspielraum zu erlauben und die Bevölkerung gezielt zu verunsichern. So existierten lange Listen von verdächtigen Merkmalen, darunter 75 Anhaltspunkte für religiös-extremistisches Verhalten. Als verdächtig gälten dabei auch zahlreiche harmlose Tätigkeiten wie das Schließen eines Restaurants im Ramadan, die eigentlich unter die Religionsfreiheit fallen sollten. Hinzu käme eine arbiträre Unterscheidung zwischen milden und schweren Vergehen, die völlig unterschiedlich gehandhabt würden. Erstere führten auf behördliche Anordnung zu einer Einweisung in spezielle Einrichtungen zur Deradikalisierung und Umerziehung, während bei schweren Vergehen ein Strafgericht härtere Sanktionen wie Deportatio-

nen ausspräche. Die gemeine Bevölkerung wisse nicht, was als extremistisch gelte und in welche Strafkategorie man fiele.

China reagierte erwartungsgemäß massiv verärgert und bezichtigte die Autoren prompt der Lüge und Verleumdung. Den Bericht sah man als direkten Angriff auf die Souveränität des Staates und eine westliche Einmischung in Prozesse, die der nationalen Sicherheit dienen. Das OHCHR habe hier bewusst ein Exempel statuiert und es sei nur eine Frage der Zeit, bis weitere Länder mit einer ähnlichen Schmutzkampagne auf eine westliche Linie gebracht werden sollen. Tatsächlich begann die Stimmung im Laufe des Septembers zu kippen und das OHCHR wurde von etlichen Staaten plötzlich als Agitator wahrgenommen. Das plakative Hauptargument Chinas „Passt auf, ihr seid vielleicht als nächstes dran!“ verunsicherte insbesondere wirtschaftlich schwache Länder und überzeugte jene, die es mit den Menschenrechten ohnehin nicht so genau nehmen. Es gelang den Diplomaten nicht mehr rechtzeitig, die UN-Kritiker umzustimmen – sie ließen die Debatte öffentlichkeitswirksam platzen.

### Ja-Stimmen

Für eine Debatte stimmten vornehmlich Staaten mit vergleichsweise langer demokratischer Tradition. Mit Somalia findet sich unter den Befürwortern unerwartet auch ein afrikanisches Land. Dies wurde von

internationalen Beobachtern als positives Zeichen und mutiger Schritt interpretiert, da diese Staaten, die selbst durchaus häufiger Menschenrechte verletzen (im Fall von Somalia aktuell unter anderem die Meinungs- und Pressefreiheit) üblicherweise vor Chinas Säbelrasseln und Paranoia einknicken. Ähnliches gilt für den Staat Paraguay, der der indigenen Minderheit der Avá Guaraní nach wie vor Land vorenthält, LGBTI+-intolerant ist und dem zuletzt massive Polizeigewalt vorgeworfen wurde – aber dennoch für die Debatte stimmte.

### Enthaltungen

Der Erfolg von Chinas Strategie, das OHCHR und den Menschenrechtsrat als feindselig und gefährlich darzustellen, zeigt sich besonders in den vielen Enthaltungen. Hier finden sich einige souveräne Staaten, von denen man nach westlichen Maßstäben hätte erwarten müssen, dass sie einer Debatte zustimmen. Bemerkenswert ist das Stimmverhalten der Ukraine, die sich zu diesem Zeitpunkt längst im bitteren Annexionskrieg mit Russland befand und eigentlich sensibel auf Menschenrechtsverletzungen wie jene gegen die Uiguren reagieren müsste – aber sich letztlich doch enthielt. Auch andere Enthaltungen wie jene von Argentinien und Brasilien lassen eigentlich nur den Schluss zu, dass man dort der Argumentation Chinas folgt und fürchtet, bald selbst in das Visier des Menschenrechtsrats zu geraten.

Ja (17)	Tschechien, Finnland, Frankreich, Deutschland, Honduras, Japan, Litauen, Luxemburg, Marshallinseln, Montenegro, Niederlande, Paraguay, Polen, Südkorea, Somalia, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten
Nein (19)	Bolivien, Kamerun, China, Kuba, Eritrea, Gabun, Indonesien, Elfenbeinküste, Kasachstan, Mauretanien, Namibia, Nepal, Pakistan, Katar, Senegal, Sudan, Vereinigte Arabische Emirate, Usbekistan, Venezuela
Enthaltung (11)	Argentinien, Armenien, Benin, Brasilien, Gambia, Indien, Libyen, Malawi, Malaysia, Mexiko, Ukraine

*Das Wahlergebnis*

**Gegenstimmen**

Die Nein-Stimmen zeigen, bei wem Chinas primitive Stimmungsmache auf offene Ohren stieß. Die Liste ist ein Stelldichein der Menschenrechtsverletzer – und sie ist erschreckend lang. Für praktisch sämtliche Staaten wurden bis heute massive Verstöße von NGOs wie Amnesty International nachgewiesen und dokumentiert. Neben den großen souveränen Staaten wie China und die Vereinigten Arabischen Emirate beinhaltet die Liste zahlreiche Kleinstaaten wie die Elfenbeinküste, Nepal oder Mauretanien, die aufgrund struktureller Probleme und wirtschaftlicher Abhängigkeiten seit geraumer Zeit empfänglich für Chinas Opfernarrativ sind und mittelfristig die eigene Souveränität durch den Menschenrechtsrat gefährdet sehen.

**Nachspiel**

Nach der initialen Berichterstattung über das verstörende Abstimmungsergebnis verschwand das Thema zunächst wieder aus den Medien. Die bedeutete jedoch nicht, dass der Xinjiang-Bericht damit stillschweigend ad acta gelegt wurde. Einige Woche später kamen Botschafter der Vereinten Nationen, Vertreter

der Uiguren und ein Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen zusammen, um den Bericht gesondert auszuwerten. Selbstverständlich blieb China fern und sah auch in diesem Treffen eine politisch motivierte Desinformationskampagne. Am 31. Oktober 2022 verlas der kanadische UN-Botschafter Bob Rae bei einer Generalversammlung des UN-Menschenrechtsausschusses in New York schließlich eine von 50 Mitgliedsstaaten der UN unterzeichnete symbolische Stellungnahme, welche die Aktionen Chinas gegen die Uiguren verurteilt. Unter den Unterzeichnern findet sich mit der Ukraine das einzige Land, das zuvor im Menschenrechtsrat keine Ja-Stimme abgab. Selbst die Türkei und erneut Somalia unterzeichneten die gemeinsame Erklärung.

Das unkooperative Verhalten Chinas wird in den letzten Absätzen deutlich kritisiert: „Angesichts der schweren Anschuldigungen im OHCHR-Bericht sind wir besorgt darüber, dass China sich bisher geweigert hat, die Ergebnisse zu diskutieren [...]. Wir glauben, dass die Auseinandersetzung mit Menschenrechtsverletzungen, das engagierte Eintreten in konstruktive Dialoge und partnerschaftliche Zusammenarbeit fundamental für die Erschaffung inklusiver Gesellschaften sind, in denen wir alle unsere Menschenrechte vollständig genießen können.“ Dass sich China von derartigen Appellen tatsächlich beeindruckt lässt, darf bezweifelt werden.

*Christian Eisenreich*



*Amnesty-Aktion in Paris am 8. August 2021 für das sofortige Ende der Verfolgung von muslimischen Minderheiten in der chinesischen Region Xinjiang*

*Foto: amnesty.de; © Benjamin Girette*

# Problematische Gesetze für Trans-Menschen

In den USA gibt es eine Welle an Gesetzesänderungen, die Trans-Menschen und speziell Trans-Kinder betreffen. Allein dieses Jahr wurden über einhundert solcher Gesetze eingeführt. Dabei basieren diese Gesetze auf gravierenden Falschannahmen, die die Lebensqualität der Kinder einschränken oder gar ihr Leben aufs Spiel setzen.

**„Ich heiße Kai Shapley, ich liebe Ballett, Mathe, Naturwissenschaften und Geologie. In meiner Freizeit spiele ich mit meiner Katze, meinen Hühnern, videochatte mit meinen Freunden und träume davon, endlich Dolly Parton treffen zu können. Was ich nicht mag, ist Erwachsene bitten zu müssen, vernünftige Entscheidungen zu treffen. Es macht mich traurig, dass manche Politiker Trans-Kinder wie mich benutzen, um Stimmen von Leuten zu bekommen, die mich hassen, nur weil ich existiere. Gott hat mich gemacht, Gott liebt mich, wie ich bin, und Gott macht keine Fehler.“**

*Zitat einer damals 11-jährigen Aktivistin (aus dem Englischen übersetzt).*

Genau wie dieser jungen Aktivistin geht es vielen Kindern und Jugendlichen derzeit. Sie sollten sich auf die Schule konzentrieren können, ihre Kindheit genießen, aber sie müssen für ihre Grundrechte kämpfen. Beispielsweise das Recht, im Schulsport mitmachen zu dürfen oder in der Schule zur Toilette gehen zu dürfen. Es gab immer wieder Streit darüber, welche Toilette Trans-Menschen benutzen sollten. Viele Konservative waren der Meinung, jeder solle auf die Toilette gehen, die mit dem bei der Geburt zugewiesenen Geschlechtseintrag übereinstimmt. Einer der vermeintlichen Hauptgründe dafür ist, dass behauptet wird, andere Lösungen würden es Männern leichter machen, sich in Damentoiletten zu schleichen, um Frauen zu belästigen. Statistisch gesehen kommt dies aber so gut wie nie vor.

Bei Trans-Menschen, die weit mit ihrer Transition fortgeschritten sind,

wäre es allerdings mehr als merkwürdig, die ursprünglich zugewiesene Toilette zu benutzen. Man stelle sich vor, ein bärtiger Mann betritt die Damentoilette, nur weil in seiner Geburtsurkunde das Geschlecht „weiblich“ steht.

Diese Diskussionen gingen so weit, dass selbst Cis-Frauen, also als Frau geborene Frauen, die nicht dem weiblichen Schönheitsideal entsprechen, angegangen wurden, sie seien in der falschen Toilette. In Bezug auf Schulen bedeutet das für Kinder an manchen Orten mittlerweile, dass sie alle an Wachpersonal vorbei müssen, das genau prüft, ob sie wirklich in diese Toilette gehen dürfen.

**„Ich bin nicht besorgt darüber, von Trans-Menschen belästigt zu werden. Aber ich Sorge mich darüber, ob ich Spanisch im nächsten Schuljahr bestehe.“**

*Zitat einer Schülerin*

Ähnlich sieht es bei medizinischer Hilfe für Trans-Kinder aus. Hier regiert der Irrglaube, es handle sich bei medizinischer Versorgung direkt um irreversible Operationen. Politiker aus dem konservativen Lager nutzen diesen Irrglauben, um Hass gegen diese Minderheit zu schüren, die nur wenige Prozent der Bevölkerung ausmacht und bereits jetzt überdurchschnittlich oft Opfer von Gewalt wird.

Dies ging so weit, dass Personal von Kinderkliniken mit Todesdrohungen per Telefon und E-Mail bombardiert wurden, weil sich die Falschinformation verbreitete, die Kliniken würden geschlechtsangleichende Operationen an Kindern durchführen, was nicht der Wahrheit entspricht. Operationen sind

erst der letzte Schritt, und dieser kann und wird erst mit Erreichen der Volljährigkeit und nach sorgfältigem Abwägen durchgeführt.

Was stattdessen bei Kindern gemacht wird, sind kleine, umkehrbare Veränderungen wie ein neuer Haarschnitt, andere Kleidung, ein neuer Name in der Familie oder im Freundeskreis. Wenn sich Kinder und Eltern so weit sicher sind, was durch diese Maßnahmen bereits getestet werden kann, können dann Hormonblocker zum Einsatz kommen, die eine Pubertät verhindern, die dem Kind Geschlechtsmerkmale geben würde, die es als falsch empfinden würde. Die Hormonblocker könnten jederzeit abgesetzt werden, falls sich doch herausstellt, dass das Kind nicht trans ist – und die Pubertät verlief danach ganz normal. Alles in allem gäbe dies viel mehr Zeit, Sicherheit über seine Identität zu erhalten, als wenn alles erst im Erwachsenenalter geklärt werden kann. Außerdem erspart es beispielsweise Trans-Männern das Wachsen und spätere Entfernen von Brüsten und Trans-Frauen das Tieferwerden der Stimme, das nie umgekehrt werden kann. Verläuft alles nach Plan, können die Hormonblocker so lange genommen werden, bis die Volljährigkeit erreicht ist und mit der Hormoneinnahme begonnen werden kann, die die korrekte Pubertät für das gefühlte Geschlecht einleitet. Im Idealfall also erspart diese Vorgehensweise viel Leid und unnötige Eingriffe.

Operationen sind erst der letzte Schritt auf dem Weg und nicht einer, den alle Trans-Menschen in Anspruch nehmen. Vor allem in den USA ist die Furcht vor Operationen an Kindern sehr unbegründet, denn außer den oben genannten Gründen

können sich die meisten Trans-Menschen die Operationen auch gar nicht leisten. In Deutschland übernimmt die Krankenkasse immerhin bei nachgewiesenem sehr starkem Leidensdruck manche der Kosten.

Allerdings müssen Erwachsene sowohl hier als auch in den USA dafür kämpfen, diese Operationen zu erhalten. Vor allem das Entfernen von Brüsten oder der Gebärmutter wird selbst Cis-Frauen oft verwehrt, selbst wenn sie sich sehr sicher sind, dass sie keine Kinder mehr wollen, weil ihnen nicht zugetraut wird, das selbst entscheiden zu können. Anders sieht es bei Brustvergrößerungen aus, die jede jederzeit machen lassen kann, wo sich scheinbar niemand darum kümmert, ob vorher

Erste Schriften und Kunstwerke zum Thema Trans-Menschen datieren bis zu 9000 Jahre zurück. Eindeutige Aufzeichnungen zur medizinischen Transition gibt es seit etwa den 1930-er Jahren. Beispiele für Trans-Kinder sind Alan L. Hart, geboren 1890, der sich bereits in frühester Kindheit als männlich präsentierte und die 1891 geborene Dora Richter, die später als erste Person das komplette Paket an geschlechtsangleichenden Operationen bekam.

ein Psychologe involviert war. Obwohl Schönheitsoperationen meist nur der Ästhetik dienen, können diese für Trans-Personen lebensrettend sein oder zumindest deutlich die Lebensqualität verbessern. Letztendlich müssen wir anfangen, Menschen zuzutrauen, selbst Entscheidungen über ihren Körper zu tref-

fen, solange ausreichend über alle Risiken und Nebenwirkungen aufgeklärt wurde.

Andere falsche Annahmen gehen davon aus, dass die Anzahl der Kinder, die sich als trans identifizieren, steigt, weil sie Gruppenzwang verspüren. Diese Annahme stammt aus einer Studie von 2018, die nur Eltern aus trans-kritischen Gruppen befragte und nie die Kinder selbst. Wahrscheinlich ist, dass diese Eltern nie wahrgenommen hatten oder wahrhaben wollten, dass ihre Kinder trans sind und es deshalb für sie plötzlich und unerwartet kam, als ihre Kinder sich endlich trauten, sich dahingehend zu äußern.

Was die steigende Anzahl anbelangt, ist es eher wahrscheinlich, dass es sich um ein ähnliches Phänomen handelt wie mit der Anerkennung der Linkshändigkeit. Mit der Abschaffung des Zwangs, Rechtshänder zu sein, stieg in den 1970ern die Zahl der Linkshänder rasant an. Das lag nicht etwa daran, dass plötzlich jeder Linkshänder sein wollte, sondern eher, dass es keine negativen Konsequenzen mehr hatte. Menschen mussten sich nicht länger verstecken und konnten endlich sie selbst sein.

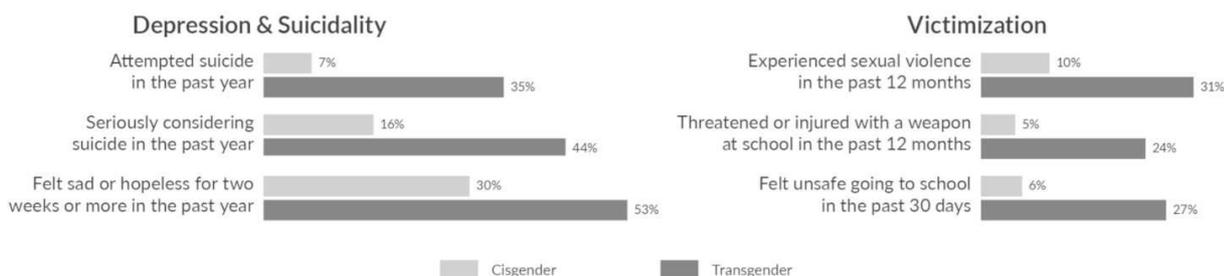
Historiker sind sich einig: Trans-Menschen und auch Trans-Kinder haben schon immer existiert. Der plötzliche Anstieg rührt eher daher, dass wir als Gesellschaft mehr Akzeptanz zeigen, sich Menschen also sicherer fühlen und sich daher outen. Allerdings haben wir noch einen weiten Weg vor uns, bis Diskriminierung, Gewalt und Mangel an medizinischer Hilfe überwunden sind, vor allem in Zeiten, in denen

Staaten unter Einfluss von Desinformation oftmals sehr zurückrudern.

Detransition, also das rückgängig machen der Veränderungen im Zuge der Geschlechtsangleichung, wird auch oftmals als Grund angegeben, vor allem Kinder diesen Schritt nicht gehen zu lassen. Allerdings wird hierbei vernachlässigt, dass nur 1 bis 2 % der Menschen die Transition rückgängig machen wollen. Bei den meisten ist dies auf einen Mangel an Unterstützung oder soziale Stigmata zurückzuführen. Nur zum Vergleich: Bei Schönheitsoperationen liegt der Anteil der Menschen, die sie bereuen, laut seriöser Umfragen bei bis zu 65 %.

Problematisch wird es eher, wenn soziale Unterstützung und medizinische Hilfe verwehrt wird. Eine Umfrage unter 28.000 erwachsenen Trans-Menschen ergab, dass unter denen, die Hormontherapien bekommen wollten, aber sie nicht erhielten, 57,9 % mit suizidalen Gedanken zu kämpfen hatten.

Bei Kindern geht es eher um die soziale Akzeptanz, dennoch sind auch hier die Auswirkungen deutlich. Laut einer Studie von 2017 versuchte ein Drittel der Trans-Kinder, sich im vergangenen Jahr das Leben zu nehmen. 44 % haben suizidale Gedanken und über 50 % Prozent fühlen sich traurig und hoffnungslos. Dies ist vor allem auf mangelnde Akzeptanz zurückzuführen. Viele kämpfen mit Stigmata oder gar Angst vor Eltern oder Lehrern, die sie nicht akzeptieren, wie sie sind. Dazu kommt bei manchen das quälende Gefühl von sogenannter Gender-Dysphorie, bei der sich der Kör-



Statistik von „The Trevor Project“, einer US-amerikanischen Non-Profit-Organisation und Betreiberin der einzigen US-weiten Krisen- und Suizid-Telefonseelsorge für jugendliche LGBTQI+-Personen

per oder einzelne Teile davon falsch anfühlen, was im besten Fall nur irritierend und ablenkend ist, aber im schlimmeren Fall den gesamten Alltag negativ beeinflusst und auf Dauer ebenfalls psychische Probleme verursacht.

**„Ich hab mir die Haare abgescnitten, das fühlte sich super an. Und dann hab ich jemandem die Tür aufgehalten und die Person sagte ‚Vielen Dank, der Herr‘ und das fühlte sich noch besser an!“**

*Zitat eines jungen Trans-Mannes über seine erlebte Gender-Euphorie*

Dabei können selbst kleinste Veränderungen wie das Verwenden des neu gewählten Namens viel Glück in das Leben von Trans-Personen bringen. Denn nicht nur das Leid bei Unterbleiben von Hilfe und Akzeptanz ist ein wichtiger Aspekt, sondern auch die sogenannte Gender-Euphorie – sich einfach richtig und glücklich und zugehörig zu fühlen, wenn beispielsweise die korrekten Pronomen verwendet werden. Denn Trans-Menschen sind nicht automatisch unglücklicher. Sie können selbstverständlich ein erfülltes Leben leben, wenn man sie sein lässt, wer sie sind, und ihnen nicht unnötig das Leben schwer macht.

### Wie ist die Situation in Deutschland?

Unser Gesetz ist veraltet. Zumindest vom Gesetz her denken wir nicht einmal über Kinder nach, die Hilfe mit ihrer Geschlechtsidentität benötigen könnten. Die Missverständnisse und zum Teil auch Hass kommen über das Internet und auch unsere konservativen Politiker zu uns. Es scheint einfacher für sie zu sein, mit Stimmungsmache gegen eine oft diskriminierte Minderheit zu punkten, als tatsächliche Probleme anzugehen.

Bis 1981 gab es bei uns noch die Pflicht, sich sterilisieren zu lassen und nicht verheiratet zu sein, um den Geschlechtseintrag ändern las-

sen zu können. Seither gibt es ein neues Gesetz, das allerdings auch nicht viel besser ist. Einiges darin wurde bereits 2011 vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig eingestuft, allerdings hat sich seither nichts geändert. Beispielsweise geht das Gesetz immer noch davon aus, dass geschlechtsangleichende Operationen notwendig für den neuen Geschlechtseintrag seien. Nicht jede Trans-Person unterzieht sich aber diesen Operationen, die wie jede Operation Risiken und Nebenwirkungen haben können, denn für manche sind sie nicht für ein glückliches Leben notwendig.

Das Gesetz geht außerdem mit der Pflicht zur Vorlage zweier medizinischer bzw. psychiatrischer Gutachten zur Änderung des Geschlechtseintrags weiterhin davon aus, dass es sich hierbei um eine Krankheit handle, obwohl dies längst nicht mehr Konsens in der Psychologie ist. Außerdem spricht es Trans-Menschen die Selbstbestimmung ab und geht davon aus, dass Geschlecht nur binär und immer konstant sei. Der dritte Geschlechtseintrag, divers, ist nämlich nur intergeschlechtlichen Personen vorbehalten, eine nicht-binäre Trans-Person muss sich zwischen „männlich“ und „weiblich“ entscheiden, egal, ob dies zutrifft oder nicht.

Eine einfache Namensänderung ist in Deutschland ebenfalls nicht möglich. Es muss nachgewiesen werden, dass der existierende Name in irgendeiner Weise Schaden anrichtet, im Falle von Trans-Personen durch ein psychologisches Gutachten. Die Namensänderung wird dann von einem Gericht geklärt, was zwischen 200 und 2000 Euro kosten kann.

In Deutschland ist es außerdem so, dass man als Trans-Mann dennoch als Mutter seiner Kinder eingetragen ist, als Trans-Frau als Vater. Man kann also nicht gleichzeitig Eltern sein und sein Geschlecht korrekt anerkannt bekommen, dies ist vom Staat nicht vorgesehen.

Glücklicherweise liegt ein Gesetzesentwurf vor, der viele dieser Missstände beheben würde. Allerdings ist eine Entscheidung darüber erst Mitte des nächsten Jahres zu erwarten, und das Gesetz kann noch abgelehnt werden.

Trans-Menschen und andere queere Personen leiden auch hierzulande häufiger an Infektionen, Suchterkrankungen, Krebs, Angststörungen und Depressionen und haben ein erhöhtes Risiko für Herzkrankheiten, Asthma, chronische Schmerzen, Burnout und Suizid. Diskriminierung und Ausgrenzung sind hierbei ein entscheidender Faktor, beispielsweise täglicher Stress, wenn man nach dem Ausweis gefragt wird und weder der Name noch das Bild dem entsprechen, wie man momentan aussieht. Oder das tägliche Unterdrücken der eigenen Identität aus Angst, nicht akzeptiert zu werden.

Vor allem die Politik hat hier viel Arbeit vor sich, veraltete Gesetze müssen dringend geändert werden und mehr Aufklärung in der Bevölkerung kann helfen, Stigmata abzubauen. Momentan gibt es auch kaum Trans-Personen in der Politik, aber die Trans-Frauen Nyke Slawik und Tessa Ganserer geben mit ihrem Einzug in den Bundestag Hoffnung, dass das nicht so bleiben muss. Bei Trans-Männern sieht die Repräsentation allerdings noch schlechter aus, der einzige hier Bekannte ist Christian Schenk, der allerdings nur vor seinem Coming-out bis 2002 im Bundestag saß.

Allerdings können Gesetze alleine es nicht richten. Sorgen wir also dafür, dass sich Trans-Menschen akzeptiert und geliebt fühlen und dass weder sie noch unbeteiligte Kinderkrankenhäuser Schaden erfahren, weil es Menschen gibt, die nicht verstanden haben, worum es wirklich geht: nämlich um das Recht auf notwendige medizinische Versorgung, Unversehrtheit und darauf, ohne Diskriminierung leben zu können, für Menschen, die neben dem Mensch-sein zufällig auch noch trans sind.

*Sabrina Bucher*

# Arbeitsbedingungen in den „Werkstätten für behinderte Menschen“

## Art. 27 UN-BRK

Das „Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“, auch „UN-Behindertenrechtskonvention“ genannt, wurde 2006 von den Vereinten Nationen (UN) verabschiedet und trat im Jahr 2008 in Kraft. Sie beinhaltet neben dem in Art. 1 UN-BRK festgeschriebenen Zweck zur Sicherung der Menschenrechte für Menschen mit Behinderungen auch einen Artikel zum Thema Arbeit: Art. 27 UN-BRK bestimmt, dass Menschen mit Behinderungen ein Recht auf eine Arbeit haben, die ihnen ihren Lebensunterhalt sichert. Der Wortlaut von Art. 27 I UN-BRK lautet folgendermaßen: „Die Vertragsstaaten anerkennen das gleiche Recht von Menschen mit Behinderungen auf Arbeit; dies beinhaltet das Recht auf die Möglichkeit, den Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen (...).“ Zudem spricht Art. 27 b) UN-BRK von „(...) gerechte(n) und günstige(n) Arbeitsbedingungen, einschließlich Chancengleichheit und gleichem Entgelt für gleichwertige Arbeit sowie einem Recht auf sichere und gesunde Arbeitsbedingungen (...)“, das Menschen mit Behinderungen zukommen soll. Es gibt Meinungsverschiedenheiten im Hinblick auf die Frage, wie Art. 27 UN-BRK auszulegen sei: Lässt sich aus Art. 27 I UN-BRK beispielsweise ein angemessener Mindestlohn für Menschen mit Behinderungen folgern? Wenn man diese Frage bejaht: Wie hoch soll dieser Mindestlohn zur tatsächlichen Sicherung des Lebensunterhalts durch Arbeit sein? Mario Schreiner betont in seinem Buch *Teilhabe am Arbeitsleben – Die Werkstatt für behinderte Menschen aus Sicht der Beschäftigten*, dass Art. 27 UN-BRK das Recht von Menschen mit Behinderungen auf Zugang zum regulären Arbeitsmarkt enthal-

te. Er schreibt zudem, dass der Zweck von „Werkstätten für behinderte Menschen“ (WfbM) nicht die berufliche Endstation sein soll, sondern lediglich ein Zwischenaufenthalt auf dem Weg hin zur Eingliederung in den regulären Arbeitsmarkt. Doch können diese Ziele (Mindestlohn für Menschen mit Behinderungen; Integrierung in den allgemeinen Arbeitsmarkt) tatsächlich verwirklicht werden? Und welche Rolle spielen in diesem Kontext die „Werkstätten für Menschen mit Behinderungen“?

## Kurze Geschichte, Zielsetzung und Umsetzung von Art. 27 UN-BRK in den WfbMs

Die Geschichte der „Werkstätten für Menschen mit Behinderungen“ (WfbM) reicht bis ins 16. Jahrhundert zurück, in dem erste Sozialhilfeeinrichtungen (z.B. Häuser zur Versorgung armer Menschen) entstanden. Das 19. Jahrhundert ist dabei das Zeitalter, in dem mit Friedrich von Bodelschwingh der Ältere (1831-1910) Einrichtungen gegründet wurden, die als die ersten Behindertenwerkstätten gelten. Schreiner betont, dass diese Vorläufer der heutigen Behindertenwerkstätten häufig eine kirchliche Ausrichtung hatten – Bodelschwingh selbst war ein evangelischer Theologe. Die *von Bodelschwinghschen Stiftungen Bethel* existieren bis heute und enthalten mit dem *Stiftungsbereich Arbeit und Berufliche Rehabilitation* pro Werk auch eine Werkstatt für Menschen mit Behinderungen, der die Verwirklichung der Inklusion als Teil seines Auftrages sieht. Die Stiftung schreibt in den Leitgedanken ihrer Unternehmenspolitik: „Im Sinne der UN-BRK treiben wir die Inklusion voran.“ Mit „Inklusion“ ist dabei im Hinblick auf den Arbeitsmarkt die Beteiligung von Men-

schen mit Behinderungen an diesem gemeint. Generell bedeutet der Begriff „Inklusion“, dass Menschen mit Behinderungen nicht ausgegrenzt werden dürfen, sondern in jeden Bereich der Gesellschaft integriert werden sollen: Ziel ist also die Schaffung einer diskriminierungsfreien und diversen Gesellschaft. §219 SGB IX definiert die Behindertenwerkstatt als eine Einrichtung, die Menschen mit Behinderungen eine Teilhabe am Arbeitsleben ermöglichen will, wenn der allgemeine Arbeitsmarkt diese Menschen ablehnt. §219 SGB IX sieht allerdings auch vor, dass die Werkstätten so organisiert sein sollen, dass Menschen mit Behinderungen idealerweise den Sprung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt schaffen. Die „Werkstätten für Menschen mit Behinderungen“ damit pauschal als ausgrenzend und der Inklusion abträglich zu verstehen, wird ihrer Zielsetzung also nicht gerecht. Wenn das Ziel der WfbMs ist, Menschen mit Behinderungen eine Teilhabe am Arbeitsleben zu ermöglichen, stellt sich die Frage, worin ein Problem liegen könnte. Der Kern der Problematik könnte im Detail liegen: Die Menschen, die für die WfbMs arbeiten, stehen lediglich im Sinne von §221 I SGB IX in einem sogenannten „arbeitnehmerähnlichen Rechtsverhältnis“, sind daher keine Arbeitnehmer:innen und haben somit auch keinen Anspruch auf den allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn von 12 Euro brutto die Stunde, der ab dem 1. Oktober 2022 für alle Arbeitnehmer:innen in Deutschland gilt. Stattdessen bekommen sie schäbige 1,35 bis 1,46 Euro pro Stunde. Lukas Krämer, der selbst mal in einer Werkstatt für behinderte Menschen gearbeitet hat, findet, dass das Ausbeutung sei, und hat daher eine Petition unter dem Namen #stellunsein gestartet. Mit



Lukas Krümer

Quelle: <https://wertjahre.org/2022/03/14/egal-welche-arbeit-man-sollte-einen-angemessenen-lohn-erhalten/>

dieser Petition möchte Krümer erreichen, dass Menschen mit Behinderungen als normale Arbeitnehmer:innen gelten, die ein Recht auf den allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn haben. Das Konzept der „Werkstätten für Menschen mit Behinderungen“ sieht er sehr kritisch und möchte, dass sie abgeschafft werden. Wie oben bereits angesprochen, sichert Art. 27 UN-BRK Menschen mit Behinderungen ein Recht auf Arbeit zu, durch die der Lebensunterhalt verdient werden soll – mit 1,35 oder 1,46 Euro pro Stunde ist das allerdings unmöglich. Mit so wenig Lohn kann kein Mensch seinen Lebensunterhalt aus eigener Kraft finanzieren, weshalb Menschen mit Behinderungen trotz Vollzeitarbeit in den WfbMs auf Grundsicherung angewiesen sind. Die derzeitige Praxis verstößt daher gegen Art. 27 UN-BRK.

Die Aufgabe des *UN-Fachausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen* ist es, die Umsetzung der UN-BRK in den Vertragsstaaten zu überwachen. Im Hinblick darauf, dass die derzeitige Situation in den deutschen WfbMs gegen die UN-BRK verstößt, fordert der *UN-Fachausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen*, dass die Vertragsstaa-

ten darauf achten, „(...) dass die Löhne für Menschen mit Behinderungen nicht unterhalb des Mindestlohns liegen (...)“ und kritisiert die deutsche Umsetzung der UN-BRK in der Form der WfbMs also deutlich. Die UN-BRK wurde von Deutschland am 26. März 2009 ratifiziert und ist daher seit 2009 Bestandteil der deutschen Rechtsordnung (vgl. Art. 59 II GG zur Umsetzung von völkerrechtlichen Verträgen in innerstaatliches Recht) mit dem Rang eines einfachen Bundesgesetzes. Grund genug, um sich zu fragen, wie man eine Einführung des Mindestlohns für Menschen mit Behinderungen ermöglichen könnte.

### Wie könnte man den Mindestlohn für Menschen mit Behinderungen möglich machen?

Eine erste Möglichkeit wäre, die WfbMs einfach komplett abzuschaffen, sodass es keine „arbeitnehmerähnlichen Rechtsverhältnisse“, sondern nur noch Arbeitsverhältnisse gäbe. Problematisch könnte hier aber sein, dass nicht klar ist, inwiefern eine Abschaffung von WfbMs überhaupt wünschenswert ist. In der TV-Dokumentation *Behindertenwerkstätten – Moderne Sklavenarbeit?* des Medienunternehmens *engel fragt* hat sich eine WfbM-Arbeiterin in Bezug auf ihre Lebenssituation positiv geäußert: Sie sei zufrieden – so, wie es sei. Und der Reporter der Dokumentation hat nach Gesprächen mit WfbM-Mitgliedern die Befürchtung geäußert, dass eine komplette Abschaffung der WfbMs zur Folge hätte, dass es leider Menschen gibt, die tatsächlich niemals eine Chance auf Zugang zum allgemeinen Arbeitsmarkt haben werden, und eine Abschaffung nur zur Folge hätte, dass diesen Menschen ein sicherer Rückzugsort genommen werde. Die vor schnelle Abschaffung der WfbMs, ohne eine Alternativlösung gefunden zu haben, erscheint also nicht besonders sinnvoll. Heinrich Greving und Ulrich Scheibner, beide Experten auf dem Gebiet der

„Werkstätten für behinderte Menschen“, sehen das anders: Sie fordern die Abschaffung, weil sie der Ansicht sind, dass die WfbMs ihren Inklusionsauftrag nicht erfüllen, sondern stattdessen eine „Sonderwelt“ darstellen, die Menschen mit Behinderungen von der Eingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt abhält. In der oben angesprochenen Doku von *engel fragt* äußert der Geschäftsführer der WfbM auf Rückfrage des Reporters, dass es lediglich ein bis zwei Personen von 750 WfbM-Mitarbeitern pro Jahr in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse schaffen. Wenn aber noch keine Alternative zu den „Werkstätten für behinderte Menschen“ gefunden ist – wie ließe sich jetzt schon etwas zur Verbesserung der Arbeitssituation von Menschen mit Behinderungen tun? Man könnte die WfbMs zwar vorerst beibehalten als eine Art Übergangslösung, aber den Mindestlohn auch in den WfbMs einführen. Das würde allerdings gesetzliche Reformen erfordern, unter anderem die Umformung des „arbeitnehmerähnlichen Rechtsverhältnisses“ (§221 I SGB IX) als Grundlage der Legitimation, Menschen mit Behinderungen den Mindestlohn vorzuenthalten. Zudem ließe sich gegebenenfalls über ein gesellschaftliches Umdenken als Basis für Gesetzesänderungen nachdenken: Wieso ist die Vollzeitarbeit von Menschen mit Behinderungen in den WfbMs scheinbar weniger wert als Arbeit von Menschen ohne Behinderungen? Menschen mit Behinderungen leisten Vollzeitarbeit, die andere Leute als „unter ihrem Niveau“ ablehnen würden. Das zeugt von fehlender Anerkennung für harte Arbeit und einer arroganten Haltung, die in unserer Gesellschaft normalisiert wurde. Durch das Leistungsprinzip wollte man sicherstellen, dass beispielsweise nicht mehr die soziale Herkunft über die zukünftige soziale Position entscheidet, sondern der schulische, akademische und berufliche Erfolg. Eine Voraussetzung für Erfolg könnte die Bereitschaft sein, sich anzustrengen,

fleißig zu sein und nach Niederlagen wieder aufzustehen. Menschen mit Behinderungen erleben tagtäglich den Rückschlag der mangelnden ge-

sellschaftlichen Anerkennung ihrer wertvollen Arbeit und geben trotzdem nicht auf. Sie strengen sich weiter an. Sie verdienen es, gesehen und

anerkannt zu werden – und sie verdienen den Mindestlohn. Es wird Zeit, darüber zu sprechen, wie sich Letzteres umsetzen lässt.

*Julia Grüninger*



© Deutsches Institut für Menschenrechte, 2019

\* Das Deutsche Institut für Menschenrechte (DIMR) ist die unabhängige Nationale Menschenrechtsinstitution Deutschlands. Es ist gemäß den Pariser Prinzipien der Vereinten Nationen akkreditiert (A-Status). Das Institut begleitet und überwacht kontinuierlich die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und hat hierfür die Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention eingerichtet.  
 \*\* UN-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen

*Grafik vom Deutschen Institut für Menschenrechte zum Verfahren der Umsetzung der UN-BRK in Deutschland*

Quelle: <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/das-institut/abteilungen/monitoring-stelle-un-behindertenrechtskonvention/staatenberichtsverfahren>  
 © Deutsches Institut für Menschenrechte

## Aktion zur Situation Geflüchteter an europäischen Außengrenzen

Am 19. November 2022 wurde im Rahmen der „European Border Action“ europaweit auf die inhumane, lebensbedrohliche und tödliche Situation für Geflüchtete an den europäischen Außengrenzen aufmerksam gemacht. Das Recht auf Asyl ist ein Menschenrecht!

Auch die Amnesty-Hochschulgruppe Tübingen nahm an der Aktion teil. Einige Gruppenmitglieder standen am Samstag, den 19.11.2022 um 12 Uhr auf dem Tübinger Holzmarkt, um auf die schrecklichen Zustände und die verheerende Situation an den europäischen Außengrenzen hinzuweisen und Solidarität mit denjenigen zu zeigen, die die Flucht nach Europa nicht geschafft haben. Ziel der Aktion war, dass die EU-Staaten geflüchteten Personen endlich ihr Recht auf Asyl gewähren – das Asylrecht ist ein Menschenrecht und sollte jedem Menschen zustehen. An diesem Tag erinnerte aber



nicht nur die Tübinger Hochschulgruppe an die katastrophale Lage von Geflüchteten an den europäischen Außengrenzen, 14 weitere Amnesty-Gruppen in verschiedenen europäischen Städten nahmen ebenso an der Aktion teil.

Wir von der Tübinger Amnesty-Hochschulgruppe schrieben während der Aktion Namen von Geflüchteten auf eine große Papierrolle. Zum einen waren dies die Namen von Personen, deren tragische Geschichte wir aus Amnesty-Berichten kennen: Menschen, die zurückgewiesen, geschlagen, erniedrigt, erschossen oder aus anderen Gründen an den Grenzen gestorben sind. Zum anderen bestand ein großer Teil der Liste aus den Namen derer, die auf der Flucht ihr Leben gelassen haben, von denen wir aber nur die von Amnesty offiziell bestätigten Namen kennen. Je länger die Liste der Namen wurde, desto mehr bedeckte sie den Boden. Passant:innen wurden darauf aufmerksam, gingen interessiert um sie herum und informierten sich bei der Amnesty-Gruppe über die Aktion.

Viele Passant:innen schrieben selbst einen Namen auf die Liste. Dadurch gewann die Aktion auch für sie eine noch größere

Bedeutung. Einige Menschen, mit denen wir ins Gespräch gekommen sind, sagten uns, wie schön und wichtig diese Aktion sei. Außerdem trafen wir zwei Personen, die den Namen einer geliebten Person auf die Liste schrieben, die auf der Flucht ums Leben gekommen ist. Das war ein berührender Moment, der gleichzeitig noch deutlicher machte, wie wichtig es ist, dass diese Namen nicht in Vergessenheit geraten: Sie müssen gesehen und gelesen werden. Am Ende der Aktion hatten wir zwei beachtlich lange Namenslisten, die wir für weitere Aktionen aufbewahren werden. Außerdem haben wir wichtige Gespräche geführt und viele Informationsflyer verteilt.

Wir sind sehr dankbar für die Passant:innen, die mitgemacht und uns gezeigt haben, wie schön und wichtig Solidarität ist.

*Victoria Wang von der Hochschulgruppe Amnesty Tübingen*



**VIETNAM:****Forderung nach Amnestie für Oppositionellen**

Unter [www.amnesty-tuebingen.de](http://www.amnesty-tuebingen.de) finden Sie Briefvorschläge der Deutschen Sektion von Amnesty International.

Tran Huynh Duy Thuc verbüßt eine 16-jährige Haftstrafe mit anschließendem fünfjährigem Hausarrest. Er war am 20. Januar 2010 nach Paragraf 79 des vietnamesischen Strafgesetzes wegen „Aktivitäten zum Sturz der Regierung“ schuldig gesprochen worden, weil er in einem Blog politische und wirtschaftliche Probleme Vietnams thematisiert hatte. Während seines Prozesses gab er an, unter Folter zu einem Geständnis gezwungen worden zu sein.

Nach vietnamesischem Recht könnte in seinem Fall ein Amnestiemechanismus zur Anwendung kommen, der zu seiner Freilassung führen könnte: Tran Huynh Duy Thuc hat im Juli 2018 und im August 2020 einen Antrag auf Erlassung der restlichen Haftzeit beim Höchsten Volksgerichts gestellt. Seine Familie leitete diese Anträge auch an den Premierminister und die Nationalversammlung weiter. Der gewaltlose politische Gefangener sitzt aber weiter in Haft. Er war bereits mehrmals im Hungerstreik, und sein Gesundheitszustand ist extrem schlecht.



*Tran Huynh Duy Thuc*

© Privat

**Bitte schreiben Sie bis 31. Januar 2023 höflich formulierte Briefe** an den vietnamesischen Staatspräsidenten und fordern Sie ihn auf, Tran Huynh Duy Thuc gemäß vietnamesischem Recht unter Anwendung des Amnestiemechanismus für besondere Fälle umgehend freizulassen. Bitten Sie den Staatspräsidenten auch, dafür zu sorgen, dass Tran Huynh Duy Thucs Haftbedingungen bis zu seiner Freilassung den internationalen Standards für die Behandlung von Gefangenen entsprechen, dass er weder Folter noch anderen Misshandlungen ausgesetzt wird und adäquate medizinische Versorgung erhält. Tran Huynh Duy Thuc muss in ein Gefängnis verlegt werden, das näher an dem Wohnort seiner Familie liegt. Außerdem muss ihm Kontakt zu seiner Familie und seinen Rechtsbeiständen gewährt werden.

**Schreiben Sie in gutem Vietnamesisch, Englisch oder auf Deutsch an:**

Staatspräsident  
 Nguyễn Xuân Phúc  
 Số 2 Hùng Vương  
 Ngọc Hồ, Ba Đình 11100  
 Hà Nội  
 VIETNAM  
 Fax: 0084 – 37 33 52 56  
 E-Mail: [webmaster@president.gov.vn](mailto:webmaster@president.gov.vn)  
 (Anrede: Your Excellency / Exzellenz)  
 (Standardbrief Luftpost bis 20 g: 1,10 €)

**Senden Sie bitte eine Kopie Ihres Schreibens an:**

Botschaft der Sozialistischen Republik Vietnam  
 S. E. Herrn Vu Quang Minh  
 Elsenstraße 4  
 12345 Berlin  
 Fax: 030 – 53 63 02 00  
 E-Mail: [sgvnberlin@t-online.de](mailto:sgvnberlin@t-online.de)  
 (Standardbrief: 0,85 €)

**Briefvorschlag:**

Exzellenz,

der Geschäftsmann Tran Huynh Duy Thuc verbüßt eine 16-jährige Haftstrafe mit anschließendem fünfjährigem Hausarrest. Er war am 20. Januar 2010 nach Paragraf 79 des vietnamesischen Strafgesetzes wegen „Aktivitäten zum Sturz der Regierung“ schuldig gesprochen worden, weil er in einem Blog politische und wirtschaftliche Probleme Vietnams thematisiert hatte. Während seines Prozesses gab er an, unter Folter zu einem Geständnis gezwungen worden zu sein. Sein Gesundheitszustand ist sehr schlecht.

Exzellenz, bitte lassen Sie Tran Huynh Duy Thuc gemäß vietnamesischem Recht unter Anwendung des Amnestiemechanismus für besondere Fälle umgehend frei. Bitten sorgen Sie außerdem dafür, dass Tran Huynh Duy Thucs Haftbedingungen bis zu seiner Freilassung den internationalen Standards für die Behandlung von Gefangenen entsprechen, dass er weder Folter noch anderen Misshandlungen ausgesetzt wird und adäquate medizinische Versorgung erhält. Bitte veranlassen Sie, dass Tran Huynh Duy Thuc in ein Gefängnis verlegt wird, das näher an dem Wohnort seiner Familie liegt. Außerdem muss ihm Kontakt zu seiner Familie und seinen Rechtsbeiständen gewährt werden.

Hochachtungsvoll

## SAUDI-ARABIEN:

### Drohende Hinrichtung: Bitte um Begnadigung von Sulaimon Olufemi



Die Familie von Sulaimon Olufemi in Nigeria im  
Oktober 2015

© Amnesty International

Dem nigerianischen Staatsbürger Sulaimon Olufemi droht in Saudi-Arabien die Hinrichtung. Er gehörte zu Hunderten Staatsangehörigen Somalias, Ghanas und Nigerias, die im September 2002 im Zuge von Massenfestnahmen nach einem Streit, der den Tod eines saudi-arabischen Polizisten zur Folge hatte, inhaftiert wurden. Im Mai 2005 wurde der damals 39-Jährige in einem unfairen und nicht öffentlichen Verfahren zum Tode verurteilt. Er gab an, während der Verhöre gefoltert worden zu sein. Während elf seiner Mitangeklagten im April 2017 aus der Haft entlassen wurden, nachdem sie ihre 15-jährigen Haftstrafen verbüßt hatten, droht Sulaimon Olufemi die Vollstreckung seines Todesurteils. Die saudische Menschenrechtskommission gab 2007 bekannt, dass das gegen Sulaimon Olufemi verhängte Todesurteil sowohl vom Kassationsgericht als auch vom Obersten Justizrat bestätigt worden

sei. Somit hat Sulaimon Olufemi keine weiteren Möglichkeiten, Rechtsmittel einzulegen. Er ist nach wie vor im Gefängnis von Dhaban inhaftiert und beteuert seine Unschuld. Angesichts der Massenhinrichtungen 2022 in Saudi-Arabien ist der Einsatz für Sulaimon Olufemi dringlicher denn je.

**Bitte schreiben Sie bis 31. Januar 2023 höflich formulierte Briefe** an den saudischen König, in denen Sie ihn bitten, Sulaimon Olufemi nach mehr als 20 Jahren Haft zu begnadigen. Bitten Sie ihn außerdem, eine unabhängige Untersuchung der Folter- und Misshandlungsvorwürfe einzuleiten und dafür zu sorgen, dass Sulaimon Olufemi der regelmäßige Kontakt zu einem Rechtsbeistand seiner Wahl gewährt wird.

#### Schreiben Sie in gutem Arabisch, Englisch oder auf Deutsch an:

His Majesty King Salman bin Abdul Aziz Al Saud  
The Custodian of the two Holy Mosques  
Office of His Majesty the King, Royal Court  
Riyadh  
SAUDI-ARABIEN  
Fax: 00966 – 114 03 31 25  
Twitter: @KingSalman  
(Anrede: Your Majesty / Majestät)  
(Standardbrief Luftpost bis 20 g: 1,10 €)

#### Senden Sie bitte eine Kopie Ihres Schreibens an:

Botschaftsadresse einfügen  
Botschaft des Königreichs Saudi-Arabien  
S. E. Herrn Essam Ibrahim H. Baitalmal  
Tiergartenstr. 33-34  
10785 Berlin  
Fax: 030 – 889 25 17  
E-Mail: deemb@mofa.gov.sa  
(Standardbrief: 0,85 €)

#### Briefvorschlag:

Majestät,

ich mache mir große Sorgen um den nigerianischen Staatsbürger Sulaimon Olufemi. Ihm droht die Hinrichtung. Er wurde 2005 in Zusammenhang mit dem Tod eines Polizisten zum Tode verurteilt. Sein Verfahren war unfair; so wurde beispielsweise nicht angemessen für ihn gedolmetscht, auch wurden Dokumente nicht übersetzt. Sulaimon Olufemi und einige der ebenfalls in diesem Fall Angeklagten haben angegeben, während der Verhöre gefoltert oder anderweitig misshandelt worden zu sein. Elf der Mitangeklagten wurden im April 2017 aus der Haft entlassen, nachdem sie ihre 15-jährigen Haftstrafen verbüßt hatten.

Majestät, ich bitte Sie inständig, Sulaimon Olufemi nach mehr als 20 Jahren Haft zu begnadigen.

Ich bitte Sie außerdem, eine unabhängige Untersuchung der Folter- und Misshandlungsvorwürfe einzuleiten. Bitte sorgen Sie dafür, dass Sulaimon Olufemi der regelmäßige Kontakt zu einem Rechtsbeistand seiner Wahl gewährt wird.

Hochachtungsvoll

**KATAR:****Anwälte wegen Kritik an Gesetz zu lebenslanger Haft verurteilt**

Am 10. Mai 2022 verurteilte das Strafgericht in Doha die Brüder und Anwälte Hazza und Rashed bin Ali Abu Shurayda al-Marri in erster Instanz zu lebenslanger Haft. Hazza al-Marri hatte sich Anfang August 2021 an Protesten gegen ein Gesetz über die Wahlen zum Schura-Rat beteiligt, das Angehörige des al-Murra-Stamms diskriminiert. Am 8. August 2021 hatte er auf Twitter eine an den Emir gerichtete Videobotschaft verbreitet, in der er das neue Gesetz kritisierte. Die Brüder wurden vom Zeitpunkt ihrer Inhaftierung im August 2021 bis mindestens Ende März 2022 in Isolationshaft gehalten, was Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung gleichkommt. Ihnen wird unter anderem „Kritik und Ablehnung der vom Emir ratifizierten Gesetze und Entscheidungen“, „Unerlaubtes Einberufen und Organisieren einer öffentlichen Versammlung“ sowie „Verletzung gesellschaftlicher Werte und Prinzipien“ durch Online-Aktivitäten und die Nutzung Sozialer Medien zur Last gelegt. Dabei handelt es sich jedoch nicht um Straftaten. Die beiden Anwälte haben lediglich ihre Rechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit wahrgenommen.



*Die Brüder und Anwälte Hazza (links) und Rashed bin Ali Abu Shurayda al-Marri aus Katar*

*© Amnesty International*

**Bitte schreiben Sie bis 31. Januar 2023 höflich formulierte Briefe** an den katarischen Justizminister und bitten Sie ihn, die Schuldsprüche und Haftstrafen von Hazza und Rashed Bin Ali Abu Shurayda al-Marri aufzuheben und die Freilassung der beiden Brüder anzuordnen. Bitten Sie ihn auch, dafür zu sorgen, dass sie bis zu ihrer Freilassung weiterhin Kontakt zu ihren Rechtsbeiständen und Familien haben dürfen. Fordern Sie den Justizminister außerdem auf, sicherzustellen, dass die beiden Männer bis zu ihrer Freilassung ausreichend medizinisch versorgt werden.

**Schreiben Sie in gutem Arabisch, Englisch oder auf Deutsch an:**

Justizminister von Katar  
H. E. Masoud bin Mohamed al-Ameri  
Ministry of Justice  
P.O. Box: 917  
Doha  
KATAR  
Fax: 00974 – 40 21 53 72  
E-Mail: [info@moj.gov.qa](mailto:info@moj.gov.qa)  
(Anrede: Your Excellency / Exzellenz)  
(Standardbrief Luftpost bis 20 g: 1,10 €)

**Senden Sie bitte eine Kopie Ihres Schreibens an:**

Botschaft des Staates Katar  
S. E. Herrn Abdulla Mohammed S. A. Al-Thani  
Hagenstraße 56  
14193 Berlin  
Fax: 030 – 86 20 61 50  
E-Mail: [berlin@mofa.gov.qa](mailto:berlin@mofa.gov.qa)  
(Standardbrief: 0,85 €)

**Briefvorschlag:**

Exzellenz

mit großer Besorgnis habe ich vom Schicksal der beiden Brüder und Anwälte Hazza und Rashed bin Ali Abu Shurayda al-Marri erfahren. Die zwei Männer wurden am 10. Mai 2022 vom Strafgericht in Doha zu lebenslanger Haft verurteilt. Hazza al-Marri hatte sich Anfang August 2021 an Protesten gegen ein Gesetz über die Wahlen zum Schura-Rat beteiligt, das Angehörige des al-Murra-Stamms diskriminiert. Die Brüder wurden vom Zeitpunkt ihrer Inhaftierung im August 2021 bis mindestens Ende März 2022 in Isolationshaft gehalten, was Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung gleichkommt. Ihnen wird unter anderem „Kritik und Ablehnung der vom Emir ratifizierten Gesetze und Entscheidungen“, „Unerlaubtes Einberufen und Organisieren einer öffentlichen Versammlung“ sowie „Verletzung gesellschaftlicher Werte und Prinzipien“ durch Online-Aktivitäten und die Nutzung Sozialer Medien zur Last gelegt. Dabei handelt es sich jedoch nicht um Straftaten. Die beiden Anwälte haben lediglich ihre Rechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit wahrgenommen.

Exzellenz, ich appelliere an Sie, die Schuldsprüche und Haftstrafen von Hazza und Rashed Bin Ali Abu Shurayda al-Marri aufzuheben und die Freilassung der beiden Brüder anzuordnen. Bitte sorgen Sie auch dafür, dass sie bis zu ihrer Freilassung weiterhin Kontakt zu ihren Rechtsbeiständen und Familien haben dürfen. Fordern Sie den Justizminister außerdem auf sicherzustellen, dass die beiden Männer bis zu ihrer Freilassung ausreichend medizinisch versorgt werden.

Hochachtungsvoll

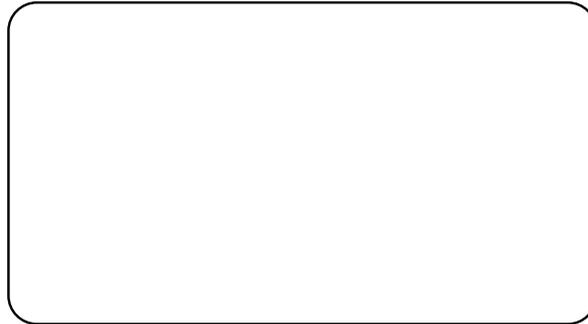
# Mitleid allein hilft nicht!



So können Sie zur Freilassung von gewaltlosen politischen Gefangenen beitragen und sich gegen Folter und Todesstrafe engagieren:

- als aktives Mitglied einer Gruppe
- durch Briefe schreiben („Briefe gegen das Vergessen“, Eilaktionen, s.u.)
- durch finanzielle Unterstützung

**Einzelspenden** bitte an das Konto: Bank für Sozialwirtschaft - Spendenkonto: IBAN: DE23 3702 0500 0008 0901 00; BIC: BFSWDE33XXX (Kto. 80 90 100; BLZ 370 205 00), bitte unter Angabe der Gruppen-Nummer 1322 (oder anderer Gruppen-Nummer, s. unten) oder **regelmäßige finanzielle Unterstützung** (s. Förderer-Erklärung)



Bei Adressänderungen bitte unbedingt den alten Adressaufkleber mitschicken!



## Infocoupon

Ich möchte

- weitere Informationen über Amnesty International
- die ANKLAGEN regelmäßig erhalten
- an der Aktion „Briefe gegen das Vergessen“ teilnehmen
- an Eilaktionen teilnehmen
- aktiv mitarbeiten
- an der „Tübinger Aktion“ teilnehmen (Briefaktion zu verschiedenen Ländern)

Name: .....

Straße: .....

PLZ/Ort: .....

Falls möglich, bitte E-Mail-Adresse angeben (zur kostengünstigen Zusendung der Briefe): .....

Bitte den Coupon ausschneiden und einsenden an:

Amnesty International  
ANKLAGEN-Redaktion  
Wilhelmstr. 105  
72074 Tübingen

## Förderer-Erklärung

Ich möchte die Arbeit von Amnesty International finanziell unterstützen. Um die Verwaltungskosten möglichst gering zu halten, bin ich damit einverstanden, dass der unten angegebene Betrag im Lastschriftverfahren erhoben wird. Ich erteile folgende EINZUGSERMÄCHTIGUNG an Amnesty International, Zinnowitzer Straße 8, 10115 Berlin:

Kontonummer: ..... BLZ: .....

Kreditinstitut: .....

Betrag: ..... EUR

Name: .....

Straße: .....

PLZ/Ort: .....

Ort/Datum: .....

Zahlungsweise:  monatlich

vierteljährlich

jährlich

Datum/Unterschrift: .....

Verwendung für Gruppe 1322 (oder andere Gruppe angeben, s. unten):

.....

Ab einem Förderbeitrag von 84,- Euro pro Jahr erhalten Sie alle zwei bis drei Monate das Menschenrechtsmagazin AMNESTY JOURNAL.



**Albstadt**, Gruppe 1508  
Hedi Abel  
Hunsrückstr. 1  
72458 Albstadt 1  
Tel. 07431 4715  
www.ai-albstadt.de

**Esslingen**, Gruppe 1350  
Gunther von Kirchbach  
Barbarossastraße 50  
73732 Esslingen  
Tel. 0711 375409  
info@amnesty-es.de

**Göppingen**, Gruppe 1110  
Claus Fischer  
Stuifenstr. 8  
73104 Börtlingen  
clausrfischer@googlemail.com

**Hechingen**, Gruppe 1545  
Francoise Schenkel  
Reuteweg 33  
72417 Jungingen  
Tel. 07477 8611

**Herrenberg**, Gruppe 1635  
Amnesty International  
Stuttgarter Str. 12  
71083 Herrenberg  
Tel. 07452 75219  
www.amnesty-herrenberg.de

**Nürtingen**, Gruppe 1651  
Wolfgang Altenpohl  
www.amnesty-nuertingen.de  
info@amnesty-nuertingen.de

**Rottweil**, Gruppe 1548  
Oliver Stenzel  
Neckarstr. 54  
78628 Rottweil  
beglueckt@t-online.de

**Tübingen**, Gruppe 1322  
Amnesty International  
Wilhelmstr. 105  
72074 Tübingen  
www.amnesty-tuebingen.de  
info@amnesty-tuebingen.de

**Villingen-Schwenningen**,  
Gruppe 1236  
Caroline Weber  
Berliner Platz 1  
78048 VS-Villingen  
Tel. 07721 9169272  
www.ai-villingen-schwenningen.de  
carolina.weber60@yahoo.de

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**

